



Sonderdruck  
aus dem Tätigkeitsbericht

—  
Volkswirtschaftsdirektion

—  
2010



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Direction de l'économie et de l'emploi DEE  
Volkswirtschaftsdirektion VWD



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction de l'économie et de l'emploi DEE**  
**Volkswirtschaftsdirektion VWD**

[WWW.FR.CH/VWD](http://WWW.FR.CH/VWD)



<b>I. Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>1</b>	<b>VIII. Wohnungsamt</b>	<b>22</b>
1. Aufgaben .....	1	1. Aufgaben .....	22
2. Tätigkeit .....	1	2. Tätigkeit .....	22
3. Interkantonale Zusammenarbeit .....	3		
4. Streitigkeiten .....	4	<b>IX. Amt für Berufsbildung</b>	<b>24</b>
5. Gesetzgebung .....	4	1. Aufgaben .....	24
		2. Tätigkeit .....	24
<b>II. Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg</b>	<b>5</b>	3. Ausbildung .....	26
1. Aufgaben .....	5		
2. Tätigkeit .....	5	<b>X. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)</b>	<b>28</b>
3. Neue Regionalpolitik .....	6	1. Aufgaben .....	28
4. Interkantonale Wirtschaftspolitik der VDK-WS .....	7	2. Tätigkeit .....	28
5. Wirtschaftsförderungsmassnahmen .....	7	3. Stand der Stipendienfonds .....	34
		4. Gesetzgebung .....	34
<b>III. Amt für den Arbeitsmarkt</b>	<b>9</b>		
1. Aufgaben .....	9	<b>XI. Personalbestand</b>	<b>35</b>
2. Ordentliche Tätigkeit .....	9		
<b>IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse</b>	<b>14</b>		
1. Aufgaben .....	14		
2. Tätigkeit .....	14		
<b>V. Handelsregisteramt</b>	<b>16</b>		
1. Aufgaben .....	16		
2. Tätigkeit .....	16		
3. Interkantonale Zusammenarbeit .....	17		
4. Streitigkeiten .....	17		
5. Gesetzgebung .....	17		
<b>VI. Amt für Verkehr und Energie</b>	<b>17</b>		
1. Aufgaben .....	17		
2. Tätigkeit .....	17		
<b>VII. Amt für Statistik</b>	<b>20</b>		
1. Aufgaben .....	20		
2. Tätigkeit .....	20		



---

 2010

## I. Direktion und Generalsekretariat

---

### 1. Aufgaben

---

Die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) ist für die Förderung der Wirtschaft des Kantons einschliesslich des Tourismus zuständig. Sie beschäftigt sich ferner mit dem Verkehr, der Energie, dem Wohnen und der Statistik. Sie gewährleistet über das Handelsregister die Transparenz und die Sicherheit des Geschäftsverkehrs. Sie beschäftigt sich zudem mit allen Fragen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, sowie der Berufsbildung, der höheren Bildung und der Nachdiplombildung in Technik und Wirtschaft.

*Die Direktion wird von **Beat Vonlanthen**, Staatsrat, geleitet.*

Das Generalsekretariat steht unter der Verantwortung von **Christophe Aegerter**, Generalsekretär. Er unterstützt die Leitung und Verwaltung der Direktion und führt die ihm übertragenen Aufgaben hauptsächlich auf planerischer, logistischer und repräsentativer Ebene aus. Er übt Stabsaufgaben aus und unterstützt die Verwaltungseinheiten der Direktion.

### 2. Tätigkeit

---

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Topthema des Berichtsjahres war der Entwurf des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG), das der Grosse Rat an der Oktobersession 2010 verabschiedet hat. Dieses neue Gesetz, das am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist, hat zum Ziel, die kantonale Gesetzgebung auf dem Gebiet der Beschäftigung und des Arbeitsmarkts zu vereinfachen und Neuerungen in diesen Bereichen einzuführen (z.B. Erwerbsausfallversicherung für Stellensuchende, Einführung einer gemeinsamen Betreuungsstruktur zwischen den regionalen Arbeitsvermittlungszentren und den Sozialdiensten usw.). Im Laufe dieses Jahres hat die VWD auch die Umsetzung des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg fortgesetzt. Neue Ausführungsbestimmungen dieses Plans wurden verabschiedet (Seed Capital und Innovationsfonds). Der Plan zur Stützung der Wirtschaft wurde auch im Rahmen eines Zwischenberichts einer Evaluation unterzogen. In diesem Bericht wurde vorgeschlagen, eine Massnahme zur Unterstützung der Jugendlichen zu verlängern. Als Folge verabschiedete der Grosse Rat an der Septembersession 2010 ein Dekret zur Änderung des Dekrets über den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und hat so die Massnahme, mit der Zuschüsse für die berufliche Eingliederung von Jugendlichen mit abgeschlossener Ausbildung gewährt werden, bis Ende 2011 verlängert. Die Direktion begleitete 2010 ausserdem das Verfahren bis zur Verabschiedung des

Ausführungsreglements zum Gesetz vom 13. Dezember 2007 über die Berufsbildung sowie die Änderung des Energiereglements in Ausführung der neuen kantonalen Energiestrategie, die 2009 aufgestellt worden war (Verordnung vom 2. März 2010 zur Änderung des Energiereglements).

#### 2.2 Besondere Ereignisse

---

##### 2.2.1 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission fällte 2010 insgesamt 61 Entscheide:

- > 36 Bewilligungen
- > 10 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht
- > 7 Aufhebungen von Auflagen
- > 2 Kenntnismassnahmen vom Rückzug eines Gesuchs
- > 1 Zusatzerwerbung
- > 1 Verweigerung der Bewilligung
- > 1 Hauptwohnung
- > 1 Versteigerung
- > 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. d BewG (Zwangsvwertung)
- > 1 Entscheid gemäss Art. 5 Abs. 2 und 3 BewV vom 1. Oktober 1984 (Nichtunterstellung)

Die 36 Bewilligungen betrafen:

- > 13 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen;
- > 23 Ferienwohnungen:
  - > Sektor Jauntal und Berra 11
  - > Sektor Vivisbach 3
  - > Sektor Oberer Greyerzbezirk 5
  - > Sektor Sense: 4
  - > Sektor Bulle 0

## 2010

### 2.2.2 Tourismus

Gemäss den jüngsten Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) verzeichnete die Schweizer Hotellerie, die den wichtigsten Zweig der Branche darstellt, 2010 eine Zunahme der Übernachtungen um etwa 1,7%. Diese Bilanz bestätigt die Abhängigkeit der Tourismusbranche von der globalen Wirtschaft, zeigt aber auch, dass die Konjunktur in diesem Wirtschaftszweig wieder angezogen hat. Denn ausgehend von den verfügbaren Informationen hat das BFS für die Hotellerie ein Jahresergebnis von 36,2 Millionen Übernachtungen errechnet, was einer Zunahme um knapp 600 000 Übernachtungen entspricht. Dieses Resultat erreicht schon fast die Rekordergebnisse früherer Zeiten und entspricht dem Ergebnis des Jahres 2008. Diese Verbesserung in der Hotellerie ist auf eine Zunahme der inländischen Gäste (341 000 Übernachtungen oder 2,2%) und der ausländischen Gäste (278 000 oder 1,4%) zurückzuführen. Besonders stark ist die Zunahme der Gäste aus Übersee: 8,9% kommen aus den Vereinigten Staaten und 6,7% aus Japan. Demgegenüber bleibt die Gästezahl aus Europa – aufgrund des ungünstigen Wechselkurses mit dem Schweizer Franken – praktisch unverändert oder nimmt sogar ab: Frankreich (+15 800 oder 1,1%), Grossbritannien (-2700 oder -0,1%), Italien (-63 000 oder -5,6%) und Deutschland (-215 000 oder -3,6%), das die stärkste Abnahme der Übernachtungen verzeichnet.

Angesichts der landesweiten Konjunkturerholung verzeichnet auch die Freiburger Hotellerie eine Zunahme der Übernachtungen: Für das ganze Jahr wurden 10 199 Übernachtungen mehr (2,6%) registriert als 2009, was dem besten Resultat des Freiburger Tourismus entspricht, nämlich insgesamt über 400 000 Übernachtungen. Dieses Resultat ist der Zunahme der Übernachtungen bei den Schweizer Gästen zu verdanken (15 000 oder 6,4%) und ist ein Hinweis darauf, dass der Bekanntheitsgrad und die Vertrauenswürdigkeit des Freiburger Tourismusangebots bei diesem Kundensegment zunehmen. Bei den Gästen aus dem Ausland nimmt einzig die Zahl der Gäste aus Grossbritannien (8,4%), Deutschland (0,7%) und Frankreich (5,9%) zu, während bei allen anderen Herkunftsländern die Zahl abnahm und zwar insbesondere bei den Gästen aus den Niederlanden (-6,2%), Italien (-11,1%), Belgien (-10,1%), den Vereinigten Staaten (-8,2%) und Spanien (-24,2%). Die Zahl der Ankünfte/Gäste nahm um etwa 4,2% zu, was den Aufwärtstrend bestätigt. In der Parahotellerie, die für das Freiburgerland von Bedeutung ist, sich aber hauptsächlich auf Zweitwohnungen abstützt und folglich weniger kommerziell und etwas weniger konjunkturabhängig ist, weisen die ersten Ergebnisse von 2010 auf eine gewisse Stabilisierung der Resultate der vergangenen Jahre hin.

Hinsichtlich der Übernachtungen kann die Gesamtbilanz 2010 für den Freiburger Tourismus als sehr positiv betrachtet werden, denn sie ist vergleichbar mit den Resultaten von 2008, dem Rekordjahr für den Freiburger Tourismus. Diese Feststellung

wird durch die erfreulichen Resultate beim Tagestourismus bestätigt, der zu Beginn des Jahres von einem schneereichen Winter profitierte. Auch mit den Resultaten vom darauf folgenden Sommer haben sich die meisten Tourismusregionen und -orte des Kantons zufrieden erklärt.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2010 besonders – und positiv – prägten, sind zu erwähnen:

- › Beginn oder Vollendung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- und Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten im Freiburgerland: Bulle, Broc, Freiburg, Givisiez, Gletterens, Moléson-sur-Gruyères, Praz usw.;
- › die Lancierung des Projekts «Enjoy Switzerland» FRIBOURG REGION durch den FTV im Kanton Freiburg;
- › die Gewährung von A-Fonds-Perdu-Beiträgen für vier touristische Projekte im Rahmen des Umsetzungsprogramms 2008–2011 zur neuen Regionalpolitik;
- › «Fri2bike»: ein Fahrradausleihnetz im ganzen Kanton Freiburg – kantonales Projekt unter der Leitung des FTV;
- › «Freiburger Alpen»: ein Konzept für eine erweiterte Zusammenarbeit;
- › Studie über die Wirkung der beiden Kongress- und Ausstellungszentren, Forum Freiburg und Espace Gruyère, und ihren Nutzen für die Freiburger Wirtschaft;
- › Entwicklung der Tourismusregion La Roche – Pont-la-Ville – La Berra;
- › die Ausarbeitung einer Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Freiburg und dem FTV;
- › die Weiterführung der Umsetzung der anderen vorrangigen Massnahmen gemäss der Strategie zur Entwicklung des Freiburger Tourismus «Vision 2030»;
- › die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten durch den FTV in Umsetzung der Werbestrategie, die insbesondere die Verkaufsförderungsaktion für Tourismuspartner einschloss. Diese Werbekampagnen wurden in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten, aber auch im Rahmen wichtiger Partnerschaften mit Schweiz Tourismus und dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt durchgeführt;

---

 2010

- › in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten: Empfang von 43 Tourismusmedien und Partnern durch den FTV u.a. aus Deutschland, Brasilien, Kanada, Korea, Spanien, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland, den Niederlanden, China, Israel, Österreich, Schweden, Ungarn, Australien, der Tschechischen Republik und der Schweiz sowie von 10 Betreibern von Websites für den Meinungsaustausch über den Tourismus aus Deutschland, Österreich und der Schweiz;
  - › die Weiterführung der Aktivitäten des kantonalen Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing, der durch das Gesetz vom 13. Oktober 2005 über den Tourismus errichtet wurde, um die Werbeprojekte der Tourismusregionen des Kantons zu unterstützen (Estavayer-le-Lac und Region, Freiburg und Region, Châtel-St-Denis/Vivisbach, Greyerz, See, Romont/Glane sowie Schwarzsee-Senseland);
  - › die Durchführung verschiedener touristischer Veranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung im Freiburgerland, unter anderem: die beiden «Slow Up»-Tage am Murtensee und am Greyerzersee;
  - › die Herausgabe mehrerer Drucksachen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, insbesondere die Broschüre «FRIBOURG REGION - Hauptprospekt», der Hotelführer, die Broschüren «Meeting» und «Highlights», die Broschüre «Top-Angebote», die Panoramakarte sowie das Wanderprogramm;
  - › der Betrieb der Websites www.fribourgregion.ch und www.skideal.ch durch den FTV sowie die Koordination der Websites der wichtigsten Tourismusregionen des Kantons zum Freiburger Tourismusangebot;
  - › die Einführung einer Plattform durch den FTV in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen für die Nutzung des Managementsystems TOMAS (Touristic Online Management System), einem der wichtigsten Informations- und Reservationssysteme der Schweiz, das es erlaubt, das Freiburger Tourismusangebot besser zu vermarkten;
  - › der Betrieb der beiden kantonalen Tourismusinformationsstellen an den Raststätten Greyerz und Lully;
  - › die Veröffentlichung im Internet des Mitteilungsorgans des FTV «Tourismus-Info»;
  - › die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von dreizehn (der insgesamt achtzehn) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2010;
  - › die touristische Nutzung der Freizeitwegnetze des Freiburgerlands, die durch den Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem FTV und dem Freiburger Wanderverein verbessert wird;
  - › die Durchführung und der Abschluss der Bestandesaufnahme des kantonalen Wanderwegnetzes;
  - › die Übernahme des Präsidiums der kantonalen Dachorganisation durch Jean-Jacques Marti, nach der Pensionierung von Jacques Dumoulin.
- Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag für die Tätigkeit des FTV und dem Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing der Region, zu dem über 1 300 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen des Kantons bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.
- Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2010 einen Saldo von 1 400 000 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt.
- In diesem Zusammenhang bestätigte der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 980 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (teilweise Übernahme der Zinskosten):
- › Gemeinde Bas-Vully, in Praz: Renovation des Landungssteigs;
  - › Gemeinde Estavayer-le-Lac, in Estavayer-le-Lac: Bau einer Riesenrutschbahn am Gemeindestrand;
  - › Stiftung Altenryf, in Hauterive: Renovation der Räumlichkeiten für die Gäste der Abtei.

---

**3. Interkantonale Zusammenarbeit**

Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied von vier interkantonalen Konferenzen, von denen er zwei präsidiert, nämlich die Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-WS) und die Konferenz kantonalen Energiedirektoren (EnDK).

Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)  
Die VDK traf sich 2010 zu zwei Sitzungen und am 28. Oktober zur Generalversammlung. Sie befasste sich insbesondere mit:

- › der Bedeutung der Kommunikationstechnologie für die Wirtschaft;

2010

- > der Strategie und den zu treffenden Massnahmen im Bereich Glasfasernetze;
- > der Zusammenarbeit mit der OSEC im Bereich der Wirtschaftsförderung;
- > der Umsetzung der Strategie des Bundesrats bezüglich des Finanzplatzes;
- > dem Telekommunikationsmarkt;
- > der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes;
- > regionalpolitischen Themen, insbesondere im Zusammenhang mit den Steuererleichterungen.

Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)  
 Die VDK-Westschweiz traf sich 2010 viermal und behandelte insbesondere folgende Themen:

- > den Wirtschaftsstandort Schweiz: kritische Punkte, Herausforderungen und Neuausrichtung;
- > die Fachplattformen, insbesondere die der Cleantech;
- > die Organisation der ersten Projekte der partnerschaftlichen Organisation Greater Geneva Berne area (GGBa).

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)  
 Die KöV hielt am 16. und 17. September 2010 ihre Generalversammlung ab. Sie behandelte namentlich die verschiedenen Aspekte für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

Konferenz kantonaler Energiedirektoren (EnDK)  
 Diese Konferenz traf sich 2010 zu drei Sitzungen und behandelte insbesondere:

- > das Gebäudesanierungsprogramm;
- > die Energiestrategie «trialog 2050»;
- > die Rahmenbedingungen für Kernkraftwerke;
- > das Verhältnis der Konferenz zum SIA;
- > den Energieliefervertrag, der mit der Europäischen Union abgeschlossen werden soll.

**4. Streitigkeiten**

Die Direktion behandelt gestützt auf den Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Dienststellen, sofern das Gesetz keine direkte Beschwerde an das Kantonsgericht vorsieht. Der Stand der Beschwerden aus dem Jahr 2010 sieht wie folgt aus:

Eingereichte Beschwerden:	36
Bearbeitete Beschwerden:	36
<i>davon</i>	
Gutgeheissen:	0
Teilweise gutgeheissen:	2
Abgewiesen:	27
Gegenstandslos oder zurückgezogen:	5
Unzulässig:	2
Am 1. Januar 2011 bei der VWD noch hängig:	10

Die Beschwerden betreffen die folgenden Dienststellen: Wohnungsamt, Amt für den Arbeitsmarkt, Amt für Verkehr und Energie, Groupe E, Hochschule für Technik und Architektur Freiburg, Hochschule für Wirtschaft und Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums.

**5. Gesetzgebung**

**5.1 Gesetze und Dekrete**

Dekret vom 7. September 2010 zur Änderung des Dekrets über den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg.

Gesetz vom 6. Oktober 2010 über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG).

**5.2 Verordnungen und Reglemente**

Verordnung vom 2. März 2010 zur Änderung des Energiereglements.

Reglement vom 23. März 2010 über die Berufsbildung (BBiR).

Verordnung vom 17. August 2010 zur Änderung der Verordnung über die Schulgelder und Ausbildungskosten in der Berufslehre.

---

**2010**

Verordnung vom 31. August 2010 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2009.

Verordnung vom 21. September 2010 zur Änderung des Ausführungsreglements zum kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg (berufliche Eingliederung von Jugendlichen nach der Ausbildung).

Verordnung vom 21. September 2010 über die Einschreibe- und Studiengebühren sowie die Beiträge zulasten der immatrikulierten Studierenden der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg.

## II. Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg

---

### 1. Aufgaben

---

Die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg ist beauftragt, das Freiburger Wirtschaftsnetz auszubauen und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung zu begünstigen, indem sie die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Erweiterung der Aktivität bestehender Unternehmen fördert. Sie ist ferner für die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik auf Kantonebene zuständig.

*Die Wirtschaftsförderung wird geleitet von Thierry Mauron, Dienstchef.*

### 2. Tätigkeit

---

#### 2.1 Tätigkeit im Ausland

Die Wirtschaftsförderung unterstützte 2010 die Niederlassung von rund zehn neuen ausländischen Unternehmen aus den üblichen Herkunftsländern (Nordamerika und Europa) sowie aus den BRIC-Ländern, deren Märkte sie neu bearbeitet. So unterstützte der Kanton die geplante Niederlassung von drei Unternehmen aus China, Indien und Russland, mit denen entweder direkt oder über die OSEC Kontakt aufgenommen wurde.

Die meisten der neu angesiedelten ausländischen Unternehmen werden im Dienstleistungssektor tätig sein und werden voraussichtlich insgesamt rund hundert Arbeitsplätze schaffen. Dazu gesellt sich die Niederlassung eines französischen Industrieunternehmens, das die Schaffung von 90 Arbeitsplätzen plant.

#### 2.1.1 Kontaktaufnahme

Das Jahr 2010 stellte einen Wendepunkt bei den Auslandsaktivitäten der Freiburger Wirtschaftsförderung dar. Die bis heute selbständig oder in Zusammenarbeit ausgeführte Akquisitionstätigkeit in Ländern, in denen die Wirtschaftsförderung ihre wichtigsten Kontaktnetze aufgebaut hat (hauptsächlich Nordamerika, Frankreich und Deutschland), erfolgt neu im Rahmen der Greater Geneva Berne area (GGBa). Dieser Westschweizer Verein für die Wirtschaftsförderung im Ausland, der neben Freiburg auch die Kantone Bern, Genf, Neuenburg, Wallis und Waadt zu ihren Mitgliedern zählt, deckt den amerikanischen, französischen, deutschen, italienischen, brasilianischen, russischen, indischen und chinesischen Markt ab.

Die Zusammenarbeit in diesem Verein bedeutet, dass jede Aktivität der Wirtschaftsförderung auf diesen Märkten unter der Verantwortung und im Namen der GGBa erfolgt. Die Freiburger Wirtschaftsförderung nahm aktiv an direkten Kontaktaufnahmen im Ausland teil, dies als kantonale Delegation in Begleitung von Vertretern der GGBa, teils auch in Begleitung von Delegierten der Partnerkantone. Die Besuche von Unternehmen und Multiplikatoren und die Teilnahme an Werbeveranstaltungen der OSEC fanden im Namen der GGBa in den folgenden Ländern statt: Deutschland, China, Vereinigte Staaten, Frankreich und Indien.

Im Jahr 2010 hat die GGBa ihre Organisations- und Akquisitionsstruktur für Unternehmen aufgebaut. Der neue Verein hat auf den acht erwähnten Märkten ein Repräsentantennetzwerk aufgebaut sowie interne und interkantonale Funktionsregeln festgelegt. Bis heute hatte die GGBa direkt eine neue Ansiedlung für den Kanton Freiburg veranlasst. Mehrere Besuche ausländischer Unternehmen im Kanton wurden durch die GGBa initiiert, aber die daraus resultierenden Ansiedlungen konzentrierten sich hauptsächlich auf den Genferseebogen. Ausserdem hat die Unterstützung durch die Direktion und die Repräsentanten von GGBa die Ansiedlung von zwei neuen ausländischen Unternehmen erleichtert, die durch die OSEC generiert worden sind.

Mehrere Massnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit wurden Ende 2010 eingeführt und werden Anfang 2011 noch verstärkt werden, damit die Randkantone der GGBa (Bern, Freiburg, Neuenburg, Wallis) bei der Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung ebenfalls auf ihre Kosten kommen.

#### 2.1.2 Direkte Kontakte und Begleitung von angesiedelten Unternehmen

Die seit einigen Jahren in der Schweiz und im Ausland insbesondere mit Treuhändern und Anwaltsbüros aufgebauten Kontaktnetze führten zu verschiedenen direkten Kontaktaufnahmen,

---

## 2010

die 2010 zu mehreren Niederlassungen führten, ohne dass die Wirtschaftsförderung aktive Werbung betreiben musste, was die GGBa auf den acht wichtigsten von ihr bearbeiteten Märkten verbietet. Ab 2011 müssen diese direkten Kontakte auch den anderen Mitgliedern der GGBa zugänglich gemacht werden.

Ausschlaggebend für die Neuansiedelungen im Kanton waren wie bisher die Kompetenzen der Freiburger Hochschulen, die Verfügbarkeit von lokal ausgebildeten Fachkräften sowie die Unterstützung durch die bereits niedergelassenen Unternehmen.

### 2.2 Tätigkeit im Kanton

#### 2.2.1 Wirtschaftsförderung im Kanton

Im Jahr 2010 unterstützte die Wirtschaftsförderung im Kanton Freiburg insgesamt 14 inländische Niederlassungs- und Erweiterungsprojekte (Niederlassung von Schweizer Unternehmen im Kanton und Erweiterung von Freiburger Unternehmen). Dies entspricht etwa der Hälfte der Projekte, die von der Wirtschaftsförderung 2010 begleitet und zum Abschluss gebracht wurden. Weiter wurden 85 Unternehmen unterstützt, die verfügbare Räumlichkeiten oder Grundstücke suchten.

#### 2.2.2 Task Force der VWD

Auch 2010 war die Wirtschaftsförderung an der «Task Force» beteiligt, die von der Volkswirtschaftsdirektion (VWD) errichtet wurde, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Kanton abzuklären und Massnahmen für die Krisenbewältigung vorzuschlagen. Im Rahmen des Plans zur Stützung der Wirtschaft, der im Juni 2009 vom Grossen Rat verabschiedet wurde, konnten im Laufe des Berichtsjahres mehrere Massnahmen unter der Leitung der Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg erfolgreich aufgestellt werden. So nahm die Stiftung Seed Capital Freiburg im Frühjahr ihre Tätigkeit auf, während der Innovationsfonds des Kantons Freiburg im Dezember in Zusammenarbeit mit der EKSD errichtet werden konnte.

Ausserdem hat die Wirtschaftsförderung zusammen mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) auch dieses Jahr den Staat in der FTTH-Projektüberleitung vertreten. Dieses Projekt hat zum Ziel, ein Glasfasernetz bis in alle Haushalte des Kantons Freiburg zu realisieren.

#### 2.2.3 Unternehmen in Krisensituationen

Die Wirtschaftsförderung stand 2010 ausserdem mit Unternehmen in Kontakt, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation kurz vor der Schliessung standen oder sich in einer akuten Krisensituation befanden. Bei diesen Gesprächen, die von einer besonderen Dringlichkeit gekennzeichnet sind, ging es haupt-

sächlich darum, angekündigte Schliessungen zu verhindern, die betroffenen Mitarbeitenden in Zusammenarbeit mit dem Amt für den Arbeitsmarkt zu unterstützen oder drohende Konkurse abzuwenden.

#### 2.2.4 Kontaktstelle für Unternehmen

Die Kontaktstelle für Unternehmen hat 160 Unternehmen und Projektträger beraten und auf verschiedene Partner der Wirtschaftsförderung aufmerksam gemacht. Besonders der Verein Fri Up und die Freiburger Antenne der Bürgschaftsgenossenschaft Westschweiz (CRC-PME) tragen dazu bei, dass den interessierten Unternehmen bedürfnisgerechte Lösungen angeboten werden können.

#### 2.2.5 Bürgschaftsgenossenschaft CRC-PME Freiburg

Die Wirtschaftsförderung sitzt dem Verein CRC-PME Freiburg vor und vertritt im Verwaltungsrat der CRC-PME zusammen mit dem Freiburger Arbeitgeberverband und der Handelskammer Freiburg die Interessen des Kantons Freiburg. 2010 wurden zehn Freiburger Unternehmen mit Bürgschaften der CRC-PME unterstützt.

#### 2.2.6 Frühstücks-Treffen der Wirtschaftsförderung

In Zusammenarbeit mit dem Verein «kmNext/Relève PME» hat die Wirtschaftsförderung 2010 zwei «Frühstücks-Treffen» zum Thema der «Nachfolgeregelung bei kleinen und mittleren Unternehmen» durchgeführt. Im Mai fand eine französischsprachige Veranstaltung in Bulle und im November eine deutschsprachige Veranstaltung in Murten statt.

### 3. Neue Regionalpolitik

Die Ausführung des kantonalen Umsetzungsprogramms zur neuen Regionalpolitik (NRP) für die Jahre 2008–2011 stützt sich auf das Gesetz über die Wirtschaftsförderung und umfasst eine kantonale, eine interkantonale und eine grenzüberschreitende Strategie.

Im Rahmen der kantonalen Strategie wurden zwei wichtige touristische Projekte genehmigt. Das erste von der NRP finanziell unterstützte Projekt ist Fri-Bike, das vom Freiburger Tourismusverband getragen wird. Im Rahmen dieses Projekts soll ein touristisches Self-Service Fahrrad-Ausleihnetz (mit herkömmlichen Fahrrädern und/oder Elektrofahrrädern) aufgestellt werden, das es erlaubt, den ganzen Kanton sowie die Waadtländer Broye mit dem Fahrrad zu entdecken und sich durch eine Applikation für Mobiltelefone leiten zu lassen. Das zweite Projekt, das die NRP unterstützt, beinhaltet die Erarbeitung eines Konzepts für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Bergbahnen der Freiburger Alpen. Im Rahmen dieses Projekts soll abgeklärt

---

**2010**

werden, wie weit sich die freiburgischen Bergbahnen gegenseitig ergänzen. Ausserdem sollen sie sich zu einer strategischen Allianz zusammenschliessen, um die Synergien besser zu nutzen und die Kommunikation und die Werbung zu verbessern. Diese Massnahmen werden in Verbindung mit der Erneuerung der Seilbahninfrastrukturen im Kanton durchgeführt.

Im Bereich der Innovationsförderung lancieren die Regionen Greyerz, Glane und Vivisbach im Rahmen der NRP ein Gründerzentrum für den südlichen Kantonsteil, um auf die stetig steigende Nachfrage von Unternehmensgründern nach geeigneten Räumlichkeiten und gezielter Begleitung einzugehen. Im Gründerzentrum werden den Start-ups (Unternehmen in der Anfangsphase) Büros und gemeinsame Räumlichkeiten zu sehr attraktiven Bedingungen zur Verfügung gestellt. Neben der Beherbergung erhalten die Start-ups ein kompetentes Coaching und diverse Dienstleistungen, wie Sekretariatsdienste, Zugriff auf die Informatiksysteme usw. sowie einen «Chéquier créateur». Dieser «Chéquier créateur» bietet den Start-ups verbilligte Basisdienstleistungen durch Wirtschaftspartner der Region (Anwälte, Treuhänder, Berufsverbände). Die Regionen haben das Coaching der Unternehmen dem Verein Fri Up anvertraut, der bereits eine ähnliche Infrastruktur in Freiburg unterhält.

Im NRP-Bereich der aktiven Bodenpolitik hat der Staatsrat im Januar 2010 die Erschliessung der strategischen Arbeitszone Birch in Düringen genehmigt. Die Nutzung der Grundstücke in dieser Zone mit einer Gesamtfläche von knapp 120 000 m<sup>2</sup> und einem Potenzial von 2000 Arbeitsplätzen stellt ein wichtiges Projekt für die Wirtschaftsentwicklung des Kantons dar.

Die interkantonale Strategie gliedert sich in die Aktivitäten der Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-WS) ein. So konnten die Unternehmen und höheren Bildungsinstitute des Kantons Freiburg von vier Fachplattformen (Bioalps, Micronarc, Alp ICT und CleantechAlps) und von zwei Plattformen für die Förderung der Geschäftsinnovation und des Technologietransfers (Platinn und Alliance) profitieren. Im Juni 2010 wurde von der VDK-WS die CleanTechAlps, eine neue Fachplattform für Clean Tech, lanciert. Diese neue Plattform wird von den Kantonen Freiburg und Wallis gemeinsam geleitet.

Im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hat die Programmleitung Interreg IV Frankreich-Schweiz ein Projekt zur Verbesserung der überregionalen Kompetenzen im Bereich Kunststofftechnologie genehmigt. Dieses von der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg angestossene Projekt hat zum Ziel, die Kompetenzen im Bereich der Kunststofftechnologie durch Einführung eines Weiterbildungsangebots zu verbessern. Mehrere Partner nehmen an diesem Projekt teil: Auf Schweizer Seite sind dies die drei Freiburger FH, ARC und Genf

und auf französischer Seite sind dies das Centre de Formation de la Plasturgie und der Pôle de compétitivité Plastipolis.

Mehrere Freiburger Infrastrukturprojekte kamen ferner in den Genuss einer ausserordentlichen Hilfe im Rahmen der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen des Bundes zugunsten der Regionalpolitik. Im Jahr 2010 genehmigte der Staatsrat fünf Projekte, die von diesen Finanzhilfen profitieren konnten, darunter die Gebäuderenovation des Greyerzer Museums und die Modernisierung der touristischen Infrastrukturen am Strand der Gemeinde von Estavayer-le-Lac.

Im Laufe des Jahres 2010 wurden schliesslich die Vorbereitungsarbeiten an der zweiten NRP-Phase für den Zeitraum von 2012 bis 2015 gestartet. Fünf Workshops wurden zu diesem Zweck mit Fachpersonen aus allen Bereichen der NRP und mit Vertretern der Regionen durchgeführt, um die strategische Ausrichtung der zweiten NRP-Phase festzulegen und mögliche Projekte einzukreisen.

#### **4. Interkantonale Wirtschaftspolitik der VDK-WS**

---

Die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-WS) ist eine Vereinigung der Volkswirtschaftsdirektoren der Kantone Bern, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura. Diese Vereinigung leitet insbesondere die sechs weiter oben erwähnten interkantonalen Plattformen des interkantonalen Bereichs des NRP-Programms und erlaubt ausserdem der Westschweiz, ihre Position in Bundesbern mit einer Stimme zu vertreten.

Der Kanton Freiburg hat 2010 das Präsidium der VDK-WS, das Präsidium der Konferenz der Amtsvorsteher der VDK-WS und das Finanzmanagement der Vereinigung wahrgenommen und hat ausserdem an den verschiedenen Vorstandssitzungen der Plattformen teilgenommen. In Anbetracht des zunehmenden Koordinationsaufwandes und der auf dem Spiel stehenden Beträge (Jahresbudget von über 5 Mio. Franken), hat die Vereinigung im Verlaufe des Jahres ein Teilzeit-Generalsekretariat verpflichtet.

Zusätzlich zur Programmleitung des laufenden Jahres hat die VDK-WS auch die Arbeiten an der Definition des interkantonalen Bereichs lanciert, die dem SECO im Rahmen des NRP-Programms 2012-2015 zur finanziellen Unterstützung unterbreitet werden.

#### **5. Wirtschaftsförderungsmassnahmen**

---

##### **5.1 Neue Regionalpolitik**

Seit der Einführung der neuen Regionalpolitik (NRP) im Jahre 2008 konnte der Kanton Freiburg 16,8 Millionen Franken an die Verbesserung der Rahmenbedingungen beisteuern, die

2010

die Wirtschaftsentwicklung des Kantons und seiner Regionen begünstigen. Etwa 16 Millionen Franken stehen dem Kanton Freiburg noch bis Ende 2011 für die Finanzierung weiterer NRP-Projekte zur Verfügung. Im Rahmen der konjunkturellen

Stabilisierungsmassnahmen hat der Bund zusätzliche Darlehen von 1,8 Millionen Franken für die Durchführung von fünf touristischen Infrastrukturprojekten gewährt.

5.1.1 NRP 2008–2011: Finanzbeiträge und verfügbare Mittel am 31.12.2010 (in Fr.)

	Bund	Kanton	Total Finanzbeiträge	Genehmigt	Saldo verfügbare Mittel
<b>Finanzbeiträge</b>					
Kantonale Strategie	4 100 000	9 500 000	13 600 000	8 797 400	4 802 600
Interkantonale Strategie	1 400 000	1 400 000	2 800 000	2 800 000	0
Grenzüberschreitende Strategie	600 000	600 000	1 200 000	776'600	423 400
<b>Total</b>	<b>6 100 000</b>	<b>11 500 000</b>	<b>17 600 000</b>	<b>12 374 000</b>	<b>5 226 000</b>
<b>Rückzahlbare Darlehen</b>					
Kantonale Strategie	4 900 000	10 661 000	15 561 000	4 513 000	11 048 000
<b>Total Beiträge und Darlehen</b>	<b>11 000 000</b>	<b>22 161 000</b>	<b>33 161 000</b>	<b>16 887 000</b>	<b>16 274 000</b>
Konjunkturmassnahmen	939 000	939 000	1 878 000	1 878 000	0
<b>Total kantonales Mehrjahresprogramm</b>	<b>11 939 000</b>	<b>23 100 000</b>	<b>35 039 000</b>	<b>18 765 000</b>	<b>16 274 000</b>

5.2 Unterstützung der Unternehmen

Im Jahr 2010 prüfte die Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen fünf Gesuche, die in der Folge alle bewilligt wurden. Fünf weitere Gesuche wurden dem Staatsrat vorgelegt, sie wurden ebenfalls angenommen.

5.2.1 Stand der Bürgschaften

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag Fr.
<b>Stand am 31.12.2010</b>	<b>6</b>	<b>6 435 625</b>

5.2.2 Zinskostenbeiträge an Unternehmen

	Betrag der Zinskostenbeiträge Fr.
Ab dem Jahr 1987 bis Ende 2009 ausbezahlte Zinskostenbeiträge	21 710 798
Bis Ende 2010 ausbezahlte Zinskostenbeiträge	2 007 145
<b>Total</b>	<b>23 717 943</b>

5.2.3 Angekündigte Arbeitsplätze

Die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg hat im Berichtsjahr Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekte von 30 Unternehmen unterstützt, die mittelfristig rund 830 neue Arbeitsplätze im Kanton Freiburg schaffen werden. Die Zahl der angekündigten Stellenschaffungen hat im Industriesektor im Vergleich zum Vorjahr zugenommen (521 gegen 484), während sie im Dienstleistungssektor etwas abgenommen hat (311 gegen 338).

Die im Jahre 2010 unterstützten Projekte werden Investitionen von etwa 455 Millionen Franken verursachen, die zu über 90% im Industriesektor erfolgen werden. Im Unterschied zum Vorjahr kommt die Mehrheit der 30 unterstützten Unternehmen aus dem Ausland (17) und aus dem Dienstleistungssektor (21).

	2008	2009	2010
Ansiedlungs- oder Erweiterungsvorhaben in der Industrie	389	484	521
Ansiedlungs- oder Erweiterungsvorhaben im Dienstleistungssektor	158	338	311
<b>Total</b>	<b>547</b>	<b>822</b>	<b>832</b>

---

 2010

### III. Amt für den Arbeitsmarkt

---

#### 1. Aufgaben

---

Das Amt für den Arbeitsmarkt (AMA) ist die kantonale Behörde, die sich mit dem Arbeitsmarkt befasst. Es ist beauftragt, zu einem möglichst ausgeglichenen Markt beizutragen. Das Amt ist an zwei Fronten aktiv: bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und bei der Beobachtung und der Regulierung des Arbeitsmarkts.

*Das Amt wird geleitet von Marc Genilloud, Dienstchef.*

#### 2. Ordentliche Tätigkeit

---

Die Tätigkeit des AMA erfuhr im Oktober mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) durch den Grossen Rat einen besonderen Höhepunkt. Ziel dieses Gesetzes ist es in erster Linie, den Hilfsmitteln, die der Kanton bereits heute nutzt, um den Arbeitsmarkt zu regulieren und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, eine Grundlage zu geben und sie weiter zu verbessern. Zu den hauptsächlichen Änderungen gehören: die Einführung von Massnahmen des Verwaltungszwangs im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, im Bereich der entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Bereich der Schwarzarbeit; die verstärkte Unterstützung und Betreuung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt; die verstärkte Betreuung von Stellensuchenden Personen, die Leistungen der Sozialhilfe beziehen; die Anmeldung der Stellensuchenden Personen bei den RAV.

#### 2.1 Abteilung Arbeitslosigkeit

---

##### 2.1.1 Arbeitslosenversicherung

Im Vergleich zum Jahresbeginn ist die Arbeitslosenquote im Kanton gesunken, und zwar von 3,9% im Januar auf 3,1% im Dezember. Bis in den Monat Juni hinein ist die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen deutlich zurückgegangen (-1%). Die Arbeitslosenquote blieb bis im Oktober bei 2,9%. Im November ist sie sogar auf 2,8% gesunken, um dann lediglich im Dezember wieder anzusteigen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote beläuft sich somit für das Jahr 2010 auf 3,2% der erwerbstätigen Bevölkerung (3,3% im Jahr 2009) und liegt damit unter dem Schweizer Durchschnitt. Die Zahl der Stellensuchenden hat sich parallel zur Arbeitslosenquote entwickelt und ist von 6,4% zu Jahresbeginn auf 5,5% im Dezember gesunken. Im 2010 schöpften 957 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus (742 im Jahr 2009).

##### 2.1.2 Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Der Kanton zählt insgesamt drei RAV: das RAV ZENTRUM für den Saanebezirk, das RAV SÜD mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Glane, Greyerz und Vivisbach und das RAV NORD mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Broye, See und Sense. Im Jahr 2010 hat das AMA in jedem RAV eine Vermittlungszentrale eingerichtet, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den Unternehmen zu verbessern, indem die Bearbeitung der offenen Stellen einer zentralen Stelle anvertraut wird.

##### 2.1.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Mittel zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, die Vermittlungsfähigkeit der Stellensuchenden zu erhöhen. Er sorgt für ein ausreichendes Angebot an Beschäftigungs- und Bildungsmassnahmen sowie an speziellen Massnahmen, die an ihre Bedürfnisse angepasst sind: Kurse, Praktika, Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) und Qualifizierungsprogramme (QP-BAHG) usw. Im Jahr 2010 wurden zwei neue Massnahmen geschaffen, die das AMA selbst verwaltet: die deutschsprachige kaufmännische Praxisfirma free win und das Atelier für Bewerbungstechnik.

##### 2.1.3 a Beschäftigungs- und Bildungsmassnahmen

Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) sollen die rasche und nachhaltige berufliche Eingliederung oder Wiedereingliederung der Versicherten erleichtern. Sie bieten berufsnahen Tätigkeiten und entsprechen möglichst genau der Ausbildung und den Fähigkeiten der versicherten Personen und der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahr 2010 wurden 3066 PvB bewilligt, wobei 56% bei einem vom AMA subventionierten Anbieter durchgeführt wurden, 22% fanden bei einer nicht gewinnorientierten Institution statt und 22% bei Gemeinden, bei einer Dienststelle des Staates oder bei einem ausserkantonalen Anbieter. Frima 1606, ein Programm zur vorübergehenden Beschäftigung, das vom AMA verwaltet wird und dessen Ziel es ist, ein historisches Modell der Stadt Freiburg zu schaffen, konnte 68 Versicherte aufnehmen.

Die Motivationssemester (SeMo) kombinieren Beschäftigung und Ausbildung. Sie sollen arbeitslose Jugendliche bei der Wahl einer Ausbildung unterstützen. Im Schuljahr 2009/2010 haben 249 Jugendliche an einem SeMo teilgenommen, welches durchschnittlich 6 Monate dauerte.

Insgesamt wurden 52 Beschäftigungsmassnahmen in Form von Berufspraktika durchgeführt, die es den versicherten Personen ermöglichen, Berufserfahrung zu sammeln oder wieder in ihren Beruf und die Arbeitswelt einzusteigen.

---

**2010**

Mit Plattformen und Kursen sollen die Kenntnisse der Stellensuchenden eingeschätzt, gesteigert und zertifiziert werden. Gesamthaft wurden 3976 derartige Massnahmen in verschiedenen Bereichen bewilligt (Bewerbungstechnik: 36%; Sprachen: 35%; Informatik: 12%; andere: 17%). Das Atelier für Bewerbungstechnik, eine vom AMA verwaltete Massnahme, hat seinen Betrieb am 22. November 2010 aufgenommen. Es bietet den stellensuchenden Personen ein Coaching- und ein CV-Flash-Modul an. Bis Ende Dezember konnten bereits an die hundert Anmeldungen verzeichnet werden.

Die kaufmännische Praxisfirma ist eine Bildungsmassnahme, die es den Versicherten ermöglicht, in einem Unternehmen zu arbeiten, dessen Organisation und Bestellungsverwaltung derjenigen eines privaten Unternehmens entspricht. Das AMA leitet zwei Freiburger Praxisfirmen, FRee Trading und seit dem 5. Juli 2010 neu auch deren deutschsprachiges Gegenstück free win. Die beiden Unternehmen konnten im Verlaufe des Jahres 112 bzw. 35 Versicherte aufnehmen.

Gesamthaft wurden 779 Ausbildungspraktika und Schnupperlehren besucht, die es den Versicherten ermöglicht haben, sich weiterzubilden oder ihre eigenen Kompetenzen und die Anforderungen einer Stelle einzuschätzen.

#### 2.1.3 b Spezielle Massnahmen

Die 611 bewilligten speziellen Massnahmen bestanden zu 63% aus Einarbeitungszuschüssen, zu 7% aus Ausbildungszuschüssen, zu 11% aus Beiträgen an Reisekosten und zu 19% aus Beiträgen zur Förderung selbständiger Erwerbstätigkeit.

#### 2.1.3 c AMM-Budget

Im Jahr 2010 wurden 36% des Budgets für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB), 40% für Kurse und Plattformen und 24% für Motivationssemester (SeMo) bereitgestellt.

#### 2.1.3 d Qualifizierungsprogramme (QP-BAHG)

Das kantonale Gesetz über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe (BAHG) sieht eine Massnahme zur beruflichen Wiedereingliederung vor, deren Ziel es ist, die berufliche Wiedereingliederung von ausgesteuerten stellensuchenden Personen zu unterstützen, indem ihnen eine qualifizierende Beschäftigung bei einem Unternehmen, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder einer nicht gewinnorientierten Institution geboten wird. Die Stellensuchenden erhielten insgesamt 125 Verträge für QP-BAHG, davon 67% bei nicht gewinnorientierten Institutionen, bei Gemeinden und Dienststellen des Kantons und 33% bei privaten Unternehmen. Sie besuchten das QP-BAHG während durchschnittlich 3,5 Monaten. Es konnten drei Personen im Rahmen eines QP-BAHG-Vertrags

angestellt werden, um die Betreuung der Teilnehmenden von PvB bei subventionierten Anbietern sicherzustellen.

#### 2.1.4 Ombudsstelle

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010 wurden 148 Einsätze gezählt. Sie betrafen insbesondere Probleme zwischen den Versicherten und den RAV, den Arbeitslosenkassen und dem Rechtsdienst. Fast alle versicherten Personen waren mit der Dienstleistung des Ombudsmanns zufrieden.

#### 2.1.5 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit ist eine gemeinsame Strategie der RAV, der Invalidenversicherungs-Stelle des Kantons (IV-Stelle) und der regionalen Sozialdienste (RDS). Ziel der IIZ ist es, die soziale und berufliche Wiedereingliederung der betroffenen Personen zu fördern.

Im Jahr 2010 nahmen die RAV für 34 einfache Fälle die Hilfe der IIZ in Anspruch und nutzten dafür die Informatikplattform zur Verwaltung der Fälle, CaseNet. Derartige Fälle benötigen einen Informationsaustausch und eine Koordination der Einsätze zwischen den RAV und der IV und/oder der Sozialhilfe. Komplexe Fälle machen eine gemeinsame Beurteilung von Situationen notwendig, in denen eine Mehrfachproblematik vorliegt. Insgesamt haben die RAV 12 komplexe Fälle gemeldet. Diese Fälle werden von den Koordinationsstellen der IIZ behandelt, die aus je einem Vertreter der drei Partnereinrichtungen der IIZ sowie einer Ärztin oder einem Arzt bestehen.

Die kantonale Kommission für die IIZ hat ihre Arbeiten fortgesetzt. Im Herbst trafen sich die Fachpersonen des Kantons zu einer zweisprachigen kantonalen Versammlung. Darüber hinaus konnte die IIZ im neuen Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) verankert werden und erhält somit eine formelle gesetzliche Grundlage.

#### 2.1.6 Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung

Das AMA stellt der Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung einen Projektleiter zur Verfügung, der Hilfsmittel für diesen Bereich entwickelt sowie eine Person, die die Leitung des administrativen Bereichs übernimmt.

Die Verbesserung der Hilfsmittel für Jugendliche mit Schwierigkeiten wurde als eine der Prioritäten ins Regierungsprogramm aufgenommen. Im Jahr 2010 hat sich die Kommission in erster Linie mit drei Massnahmen beschäftigt: die Weiterentwicklung des «Case Managements», dessen Ausweitung auf die berufliche Bildung heute eine umfassende Betreuung der Jugendlichen

## 2010

ermöglicht; die Stärkung der Plattform Jugendliche (gesetzliche Grundlage mit dem BAMG), deren Aufgabe es ist, alle, die noch keine Lösung für ihre Ausbildung gefunden haben, auf Übergangslösungen hinzuweisen. Weiter beschäftigte sich die Kommission mit der Anpassung von Übergangslösungen, damit diese den besonderen Bedürfnissen der Jugendlichen mit Schwierigkeiten gerecht werden.

### 2.2 Abteilung Arbeitsmarkt

#### 2.2.1 Arbeitsinspektorat

Durch seine Tätigkeit und seinen Einsatz (Kontrollen, Audits, Beratung, Information, Ausbildung, Sensibilisierung) sorgt das Arbeitsinspektorat für eine korrekte Umsetzung der Vorschriften in den Bereichen des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz sowie im Bereich der Arbeits- und Ruhezeiten der 117 354 Vollzeitstelleneinheiten im Kanton.

Im Bereich des Arbeitnehmerschutzes kontrollierten die Arbeitsinspektoren 275 Betriebe (184 im 2009), dies zum Teil in Zusammenarbeit mit dem SECO (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA). Diese Kontrollen wurden ganz oder teilweise von der Eidgenössischen Koordinationskommission zur Arbeitssicherheit (EKAS) vergütet. Das Arbeitsinspektorat hat ausserdem 33 Kontrollen bezüglich Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz durchgeführt.

Grundsätzlich hat das Arbeitsinspektorat festgestellt, dass die Beschwerden betreffend Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen wieder angestiegen sind, dies vor allem aufgrund von Verletzungen der persönlichen Integrität am Arbeitsplatz.

Im Bereich des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz hat das Interkantonale Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz sechs Materialproben auf Asbestvorkommen geprüft. In zwei Proben wurde Asbest nachgewiesen. Die betroffenen Eigentümer wurden über die erforderlichen Massnahmen informiert. Das Arbeitsinspektorat hat diese Fälle registriert und wird für deren weitere Betreuung sorgen.

In Zusammenarbeit mit dem Interkantonalen Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz führte das Arbeitsinspektorat in den verschiedensten Bereichen (Staub, Formaldehyd, flüchtige organische Verbindungen (VOC), Asbestvorkommen und Raumklima) sechs Untersuchungen zur Hygiene am Arbeitsplatz durch.

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten) für Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit, während das SECO über Bewilligungen für Abweichungen während mehr als sechs Monaten entscheidet.

Am stärksten betroffen sind das Baugewerbe und der Vertriebssektor. Das Arbeitsinspektorat hat im Rahmen seiner Kompetenzen insgesamt 25 Gesuche abgelehnt. Es wurden im Jahr 2010 überwiegend Bewilligungen für Sonntagsarbeit und für Arbeit an Feiertagen beantragt.

Darüber hinaus hat das Arbeitsinspektorat eine Tätigkeit übernommen, die bisher vom SECO ausgeführt wurde. Es handelt sich dabei um die Aktualisierung des Registers der Industriebetriebe. Drei Unterstellungen, 12 Befreiungen und 16 Änderungen der Unterstellung wurden ausgesprochen.

	Bewilligungen erteilt durch das AMA		Bewilligungen erteilt durch das SECO	
	2009	2010	2009	2010
Nacharbeit	52	86	93	196
Sonntagsarbeit	118	156	83	193
Durchgehender Betrieb	1	2	5	14
Dreischichtige Arbeit		3	-	-
Total	171	247	181	403

Alle Vergrößerungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das anschliessend auch die Betriebsbewilligung erteilt. Bei nichtindustriellen Betrieben begutachtet das Inspektorat die Pläne im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens.

	2009	2010
Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben	20	24
Betriebsbewilligungen	23	19
Nichtindustrielle Betriebe	518	564
Total	561	607

#### 2.2.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (ORTE) teil:

- > Quartalsbroschüre zu den Entwicklungsindikatoren der Arbeitslosigkeit in der Westschweiz nach Wirtschaftszweig (Januar, April, Juli, Oktober 2010).
- > Vierteljährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, April, Juli, Oktober 2010).
- > Halbjährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, Juli 2010).

---

**2010**

- › Jahresbulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar 2010).
- › Entwicklung der Temporärarbeit in der Westschweiz (Dezember 2010).
- › Präsentation der Lebensmittelrationierung bei den grossen Freiburger Gemeinden im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung (November 2010).
- › Forschungsstudie zum Thema Arbeitslosigkeit und Alter im Kanton Freiburg von 2005 bis 2010 (Dezember 2010).
- › Angleichung der Berufsbezeichnungen AVAM-BFS (November 2010).

Während des gesamten Jahres war das Arbeitsmarktobservatorium des Kantons Freiburg Mitglied der Gruppe RA Viadoromand, die weiter am Katalog neuer Datenbankabfragen im Rahmen der Einführung des neuen Datenverwaltungssystems der Arbeitslosenversicherung NK AVAM gearbeitet hat. Es hat ebenfalls an der Arbeitsgruppe Lamda X mitgewirkt, die einen Katalog von Datenbankabfragen für die Verwaltung von arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) ausgearbeitet und entwickelt hat.

### 2.2.3 Kantonales Amt für wirtschaftliche Landesversorgung

Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung hat eine Weiterbildung für grosse Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern ins Leben gerufen. Diese Gemeinden müssen in der Lage sein, die Pläne für die Rationierung von Nahrungsmitteln, Heizöl und Treibstoffen innerhalb von drei Monaten wirksam umzusetzen. Unter anderem müssen sie eine Software beherrschen, die vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) bereitgestellt wird.

### 2.2.4 Kantonale Einigungsstelle für kollektive Arbeitsstreitigkeiten

Die Einigungsstelle hat sich drei Mal getroffen, um im Rahmen von zwei Konflikten zwischen Sozialpartnern zu intervenieren.

### 2.2.5 Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)

Das AMA sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des FZA. Die Arbeitsmarktinspektion kontrolliert auf Freiburger Kantonsgebiet jene Arbeitnehmenden, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden, selbständige Dienstleistungserbringer sowie die EU-Bürger, die bei Schweizer Arbeitgebern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.

Insgesamt wurden 487 Kontrollen durchgeführt, bei denen 895 Arbeitnehmende überprüft wurden.

Die Arbeitsmarktinspektion hat ebenfalls drei Studien zu den Lohn- und Sozialbedingungen in den Bereichen Detailhandel, Kosmetikinstitute und Personalverleih durchgeführt. Die Studien haben gezeigt, dass in diesen Bereichen kein wiederholtes Lohndumping betrieben wird.

Im Rahmen ihrer Kontrollen bei ausländischen Unternehmen überprüfen die Inspektoren, ob diese branchenübliche Löhne zahlen. Auf diese Weise konnten 52 000 Franken an zusätzlichen Lohngeldern zugunsten entsandter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirkt werden.

Das Sekretariat der Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt, das vom AMA sichergestellt wird, bearbeitete 2973 Meldungen für 4094 Arbeitnehmende, darunter waren 2207 entsandte Arbeitnehmende, 1277 Arbeitsaufnahmen in der Schweiz und 610 selbständige Dienstleistungserbringer.

### 2.2.6 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Das AMA ist die kantonale Vollzugsbehörde des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA).

Das Inspektorat im Bereich der Schwarzarbeit besteht aus zwei Inspektoren des AMA sowie mehreren Inspektorinnen und Inspektoren im Bereich des Bauwesens, die der paritätischen Kommission für das Baugewerbe angehören. Das AMA überträgt dieser Kommission mittels eines Leistungsauftrags die Kontrollen in den Bereichen Bauhaupt- und Baunebengewerbe sowie im Bereich der Gebäudereinigung.

Die Inspektion im Bereich der Schwarzarbeit hat 518 Kontrollen durchgeführt, die insgesamt 1648 Arbeitnehmende betrafen. Dabei wurden 171 Unternehmen (jedes dritte Unternehmen) angezeigt, 333 Arbeitnehmende waren von diesen Anzeigen betroffen. Die strafbaren Handlungen betrafen hauptsächlich Verstösse im Bereich des Ausländerrechts.

Zwischen den verschiedenen Behörden, die für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständig sind, wurde ein Treffen organisiert. Bei dieser Gelegenheit wurden verschiedene Aspekte für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem AMA, der Kantonspolizei, dem Untersuchungsrichteramt, dem Amt für Bevölkerung und Migration, der SUVA, der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt und der Kantonalen Steuerverwaltung erörtert.

Für die Kandidatinnen und Kandidaten von Patenten für öffentliche Gaststätten wurden fünf Kurse zum Thema Schwarzarbeit abgehalten.

---

**2010**
**2.2.7 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih**

Die Abteilung hat im Berichtsjahr 35 Bewilligungen erteilt: 22 Bewilligungen für die private Arbeitsvermittlung und 13 für den Personalverleih. Fünf Bewilligungen wurden aufgehoben, entweder wegen Betriebsschliessung, oder aufgrund von Unternehmensfusionen. Ein Personalverleihbetrieb musste Konkurs anmelden. Des Weiteren hat die Abteilung beim SECO für 14 Gesuche zur grenzüberschreitenden Vermittlung und zum grenzüberschreitenden Personalverleih eine positive Stellungnahme abgegeben.

Zehn Untersuchungen wurden durchgeführt, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und zu verhindern. Drei Unternehmen haben sich an die gesetzlichen Richtlinien angepasst und haben eine Bewilligung beantragt. Ein Unternehmen hat seine Tätigkeit im Bereich des Personalverleihs eingestellt. Vier Fälle werden derzeit noch behandelt und zwei Angelegenheiten fallen nicht in den Anwendungsbereich des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG).

Die bei den Kontrollen aufgedeckten Verstösse betreffen hauptsächlich fehlerhafte Lohnabrechnungen, gesetzwidrige Abzüge der Kosten für Schutzausrüstungen oder für Mieten, Verstösse gegen das Ausländergesetz sowie formale und inhaltliche Unrechtmässigkeiten in den Verträgen. Die Regelung der Arbeitszeit im Personalverleihvertrag gab ebenfalls häufig Anlass zu Bemerkungen. Die Arbeitszeit wurde zum Teil nicht ordnungsgemäss geregelt oder aber die Arbeitenden wurden nicht der Arbeitszeitregelung entsprechend entlohnt. Darüber hinaus enthielten zahlreiche Verträge eine Klausel, die den Arbeitnehmer allein für fehlende Arbeitsstunden verantwortlich macht und die das Unternehmensrisiko, das einzig dem Arbeitgeber obliegt, auf den Arbeitnehmer abwälzt.

Des Weiteren hat die Abteilung fünf verwaltungsrechtliche Sanktionen gegen private Arbeitsvermittlungsagenturen und/oder Personalverleihbetriebe verhängt (vier Verwarnungen und eine Verweigerung der Bewilligung für ein Jahr).

Im Jahr 2009 vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 685 Personen. Beim Personalverleih wurden mit 5666 Personen Verträge über insgesamt 2 380 890 Arbeitsstunden abgeschlossen.

**2.3 Rechtsdienst**
**2.3.1 Verfügungen und Rechtsgutachten**

In seiner Funktion als kantonale Behörde erstellte der Rechtsdienst 6914 Verfügungen und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts:

› Einstellungen der Anspruchsberechtigung:	4697
› Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide:	277
› Erlass der Rückerstattungspflicht:	98
› Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht:	1842

Der Rechtsdienst registrierte im Jahr 2010 ferner 563 Einsprachen gegen Verfügungen des AMA. Er hat Entscheide zu 486 Einsprachen erlassen. 69,35% der Einsprachen wurden abgewiesen oder als unzulässig erklärt, 22,22% wurden gutgeheissen, 5,76% wurden teilweise gutgeheissen und 2,67% als erledigt abgeschlossen. Im Jahr 2010 wurden beim Kantonsgericht 29 Beschwerden zu Verfügungen des AMA eingereicht. Der Rechtsdienst reichte in 49 Fällen Bemerkungen zur Begründung ein. Das Gericht fällte 32 Entscheide. 68,75% der Beschwerden wurden abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 18,75% wurden gutgeheissen, keine der Beschwerden wurde teilweise gutgeheissen und 12,5% wurden als erledigt abgeschlossen.

## 2010

### 2.3.2 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen

	Betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			Ausfallstunden		
	2009	2010	Schweiz	2009	2010	Schweiz
Januar	1304	1107	54 605	66 212	51 916	2 784 930
Februar	2117	903	45 158	130 942	38 873	2 237 956
März	2412	579	39 539	169 856	28 639	2 102 789
April	2612	905	37 007	177 220	31 439	1 557 344
Mai	2966	585	23 759	173 985	21 321	1 058 292
Juni	2718	141	19 926	146 981	8 687	993 013
Juli	2152	261	11 916	125 369	9 872	604 375
August	1574	92	9 996	70 878	4 321	516 411
September	1797	140	9 335	91 912	7 273	506 473
Oktober	1559	315	9 246	77 176	10 385	492 645
November	1532	122	7 277	77 691	5 215	393 320
Dezember	897	133	6390	44 096	6266	341 496

## 2.4 Stabsdienste

### 2.4.1 Kommunikation

Die Website des Amtes ist eine Informationsquelle, die von Stellensuchenden, Arbeitnehmenden und Unternehmen rege genutzt wird. Monatlich werden über 20 000 Zugriffe registriert. Das Amt beantwortete über 500 Fragen von Besuchern der Website. Die gesamte Kommunikation des Amtes wurde an die Vorgaben des neuen visuellen Auftritts des Kantons angepasst.

### 2.4.2 Informatik

Das Amt setzte die Erneuerung der Informatikausrüstung fort (insbesondere Telefonieserver). Die Anpassung (Kurse, Belastbarkeitstests usw.) an das neue elektronische Dokumentmanagementsystem sowie an das neue Datenverwaltungssystem des Bundes im Bereich der Arbeitslosenversicherung (AVAM), die im Juni 2009 in Betrieb genommen worden waren, wurde auch im Jahr 2010 fortgesetzt. Im Amt wurde darüber hinaus Office 2007 installiert.

### 2.4.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste verwalten die gesamte eidgenössische Buchhaltung sowie die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Die Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem Qualifizierungsprogramm (QP) teilnehmen und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Die Betriebskosten des AMA beliefen sich, unter Berücksichtigung der kantonalen und der eidgenössischen Buch-

haltungen, auf 21,5 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 1 471 847 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die QP bei Unternehmen kosteten 654 677 Franken, die QP bei Institutionen 546 252 Franken und die QP bei Kanton und Gemeinden 270 918 Franken. Am 31. Dezember 2010 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 13,2 Millionen Franken.

## IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse

### 1. Aufgaben

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist eine Einheit, die der Volkswirtschaftsdirektion administrativ zugewiesen ist. Sie wird durch *Dominique Schmutz*, Verwalter der Kasse, geleitet. Sie steht allen im Kanton wohnhaften Versicherten offen für den Bezug von Leistungen gemäss der Bundesgesetzgebung über die Arbeitslosenversicherung. Zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist allein berechtigt, Insolvenzenschädigungen auszus zahlen.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Nach einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit 2009 hat sich der Trend wieder gewendet. Die Arbeitslosigkeit hat wieder deutlich abgenommen und ist von 3,9% im Januar auf 3,1%

## 2010

Ende Dezember 2010 gesunken. Diese grossen Schwankungen der Arbeitslosigkeit verlangten von den Vollzugsbehörden eine besondere Verwaltung der verfügbaren Ressourcen, um den Erwartungen der Stellensuchenden gerecht werden zu können.

Im Rahmen der in den vergangenen Jahren durchgeführten Überlegungen hat die Kasse beschlossen, ihre Tätigkeit durch eine Zertifizierung ihres Qualitätsmanagementsystems nach der ISO-Norm 9001-2008 zu untermauern. Dieses Vorhaben wurde im Juni 2010 erfolgreich abgeschlossen mit dem Ziel, ihre Dienstleistungen systematisch unter Beachtung der Erwartungen der Versicherten sowie der Bestimmungen des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung anbieten zu können (AVIG).

Bei den ausbezahlten Leistungen verzeichnete die Kurzarbeit eine starke Abnahme. Im Vorjahr mussten noch 84 Betriebe

Kurzarbeit einführen und verzeichneten insgesamt 1,2 Millionen Ausfallstunden. Bei der Arbeitslosenversicherung wurde im Laufe des Jahres eine konstant abnehmende Zahl der Anmeldungen verzeichnet. Dagegen war die Entschädigungsdauer der Versicherten länger als in den Vorjahren.

Die Arbeitslosenkasse hat auch zusammen mit dem Amt für den Arbeitsmarkt verschiedene Massnahmen des Plans zur Stützung der Wirtschaft verwaltet und zwar insbesondere die Massnahme Nr. 2 (Zuschüsse für die berufliche Eingliederung von Jugendlichen mit abgeschlossener Ausbildung), die Massnahme Nr. 6 (Erwerbsausfallversicherung für Stellensuchende), und die Massnahme Nr. 7 (Weiterbildung in Betrieben mit Kurzarbeit).

Die Kasse stellte 2502 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 63 Fälle zum Entscheid vor.

## 2.2 Ausbezahlte Leistungen

Arten von Leistungen und deren Anzahl	2009	2010	Veränderung %
<b>Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)</b>			
Anzahl Versicherte	4 968	5 365	7,99%
Anzahl Anmeldungen und Wiederanmeldungen	5 483	5 360	-2,24%
Anzahl ausbezahlter Taggelder	446 141,4	466 552,6	4,58%
<b>Anträge auf Schlechtwetterentschädigung</b>			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	118	90	-23,73%
<b>Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung</b>			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	84	47	-44,05%
<b>Anträge auf Insolvenzenschädigung</b>			
Anzahl Versicherte	88	46	-47,73%
<b>Ausbezahlte Taggelder</b>	<b>2009 Fr.</b>	<b>2010 Fr.</b>	
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	63 830 173.95	69 278 700.35	8,54%
Familienzulagen	1 580 251.10	1 566 337.00	-0,88%
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	3 313 738.40	4 310 295.00	30,07%
Projektkosten (Anbieter)	14 854 070 .80	16 754 159.50	12,79%
Schlechtwetter und Kurzarbeit	35 117 488.90	8 653 901.25	-75,36%
Insolvenz	415 968.50	775 006.60	86,31%
Entschädigungen im Rahmen des Leistungsexports (Vorschüsse gemäss bilateralen Verträgen)	59 197.70	32 034.50	-45,89%
<b>Total</b>	<b>119 170 889.35</b>	<b>101 369 624.20</b>	<b>-14,94%</b>

---

 2010

## V. Handelsregisteramt

---

### 1. Aufgaben

---

Die Handelsregisterverordnung des Bundes vom 17. Oktober 2007 (HRegV; SR 221.411) überträgt dem Handelsregisteramt die Aufgabe, Rechtseinheiten zu konstituieren und zu identifizieren. Das Handelsregister bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts.

In Anwendung der Verordnung vom 3. Dezember 1954 über die Gebühren für das Handelsregister (SR 221.411.1) erhebt das Handelsregisteramt bei den Rechtseinheiten die geschuldeten Gebühren für die verschiedenen Eintragungen.

*Das Handelsregisteramt wird von der Beauftragten Urška Kozomara Yao geleitet.*

### 2. Tätigkeit

---

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Handelsregisteramt hat 2010 insgesamt 6955 Einträge im Handelsregister aufgenommen. Diese Zahl setzt sich aus 1248 Neueinträgen, 849 Löschungen und 4858 Änderungen bestehender Einträge zusammen. Die gesamte Zahl der Einträge sank somit gegenüber dem Vorjahr um 184 Einträge. Trotzdem bleibt die Zahl der Einträge seit 2009 sehr hoch und muss als aussergewöhnlich eingestuft werden (siehe weiter unten).

#### 2.2 Besondere Ereignisse

Die Änderung des Obligationenrechts und insbesondere der Bestimmungen bezüglich der Revisionsstelle hat gewisse Gesellschaften mit beschränkter Haftung gezwungen, sich festzulegen, ob sie eine Revisionsstelle bezeichnen wollen oder nicht. In allen Fällen schreibt das Gesetz eine entsprechende Eintragung im Handelsregister vor. Dieser Umstand erklärt die hohe Zahl der Einträge seit 2009. Sobald jedoch alle betroffenen Firmen die von den neuen Gesetzesbestimmungen verlangten Angaben gemacht haben, wird sich die Zahl der Eintragungen im Handelsregister wieder auf dem üblichen Durchschnittswert einpendeln. Diese Rückkehr zur Normalität wird im Laufe des Jahres 2011 erwartet.

### 2.3 Statistik

---

#### 2.3.1 Stand der aktiven Gesellschaften

Am 31. Dezember 2010 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Vereine	186
Genossenschaften	612
Unternehmen des öffentlichen Rechts	21
Einzelfirmen (EF)	5 552
Stiftungen	488
Aktiengesellschaften (AG)	6 768
Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)	3 829
Kommanditgesellschaften (KG)	25
Kommanditaktiengesellschaften	1
Ausländische Zweigniederlassungen	155
Schweizer Zweigniederlassungen	339
Unternehmen ohne Eintragungspflicht	8
Kollektivgesellschaften (KollG)	355
Total	18 339

#### 2.3.2 Sprache der Registereinträge

Am 31. Dezember 2010 waren die aktiven Einträge beim Handelsregister wie folgt auf die Sprachen aufgeteilt:

Total der auf Französisch registrierten Gesellschaften	14 295
Total der auf Deutsch registrierten Gesellschaften	4 044

---

**2010**

## 2.3.3 Übersicht der neuen Gesellschaften

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KoIIG/KG
2009	15	6	376	15	293	448	38	36
2010	9	2	420	10	317	430	36	24

---

**3. Interkantonale Zusammenarbeit**

Das Handelsregisteramt nahm an den gemeinsamen Arbeitssitzungen mehrerer deutschsprachiger Kantone teil, die sich hauptsächlich mit rechtlichen Fragen befassten.

Es nahm ferner an einer Sitzung der Konferenz der Schweizerischen Handelsregisterbehörden teil, die im November 2010 stattfand und zum Ziel hatte, die Handelsregister auf die Einführung der Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) vorzubereiten.

---

**4. Streitigkeiten**

Für 2010 hat das Amt keinen Streitfall zu vermelden.

---

**5. Gesetzgebung**

Das Handelsregisteramt nahm Stellung zum Entwurf der Bundesverordnung über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDV), die bei der Volkswirtschaftsdirektion in die Vernehmlassung gegeben wurde.

---

**VI. Amt für Verkehr und Energie**


---

**1. Aufgaben**

Das Amt für Verkehr und Energie ist für alle Aspekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs zuständig und sorgt insbesondere für die Koordination der verschiedenen Verkehrsmittel. Es ist ausserdem für die Förderung erneuerbarer Energien und kantonseigener Energiequellen sowie für die Förderung einer rationellen Energienutzung zuständig.

*Das Amt wird von Martin Tinguely, Dienstchef, geleitet.*

---

**2. Tätigkeit**


---

**2.1 Tätigkeit im Bereich des Verkehrs**


---

**2.1.1 Verkehrsplanung**

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt zwei Sitzungen ab, an denen das Projekt der Freiburger Regio-S-Bahn (S-Bahn FR) und das Projekt der künftigen Bahnhofstabelle Fribourg-St-Léonard präsentiert und besprochen wurden.

Die Arbeiten an der Errichtung einer S-Bahn FR wurden fortgesetzt. Die erste Etappe wird auf den Fahrplanwechsel vom Dezember 2011 in Betrieb genommen werden.

Auf regionaler Ebene setzte das Amt für Verkehr und Energie seine Planung an den künftigen Regionalfahrplänen der öffentlichen Verkehrsmittel fort.

Es verfolgte ferner die Arbeiten der Agglomeration Freiburg (Agglo-FR) und des regionalen Verkehrsverbunds der Agglomeration Bulle (MOBUL).

---

**2.1.2 Kantonaler Plan zur Stützung der Wirtschaft**

Für die Sanierung der Bahnübergänge, die Verbesserung der Zugänge und für die Vernetzung der Sicherheitsanlagen zwischen bestimmten Bahnhöfen auf Strecken, die von der Freiburger S-Bahn künftig befahren werden, hat das Amt gestützt auf die Massnahme Nr. 18 des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft einen Betrag von 1 000 000 Franken zugesprochen. Für die Massnahme Nr. 19 hat das Amt den gesamten bereitgestellten Betrag von 1 010 000 Franken für die Erneuerung der Infrastrukturen von Schmalspurbahnen und die Instandstellung von Bahnhöfen und Bahnsteigen zugesprochen. Gestützt auf die Massnahme Nr. 20 sprach das Amt einen Betrag von 255 000 Franken für die Finanzierung des Kantonsanteils an den Studienkosten für den Bau der künftigen Bahnhofstabelle Fribourg/St-Léonard zu.

---

**2.1.3 Fahrpläne**

Gemäss den Vorgaben des Bundesamts für Verkehr für die Bestellung des Verkehrsangebots unterstand der Fahrplanentwurf 2011 nicht dem offiziellen Vernehmlassungsverfahren.

---

**2010**

Im Kanton Freiburg gab es keine grösseren Änderungen. Die nächste offizielle Vernehmlassung zu den Fahrplänen wird im Frühjahr 2011 stattfinden.

Gestützt auf die Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr bereitgestellten Mittel für die Fahrplanperioden 2010 und 2011.

#### 2.1.4 Bahn 2030

Das Amt verfolgte die Planungsarbeiten zur Bahn 2030.

#### 2.1.5 Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Vorhaben:

- › Neue Bahnhaltestelle Freiburg/St. Leonhard;
- › Erneuerung der Anlagen am Bahnhof Murten;
- › Erneuerung der Fahrleitungen zwischen Chénens und Rosé;
- › Sanierung der Bahnsteige und Anpassung der Bahnhaltstellen von Cousset, Belfaux, und Léchelles an die SBB-Normen V05;
- › Erneuerung der Anlagen am Bahnhof Schmitten;
- › Erneuerung der rechten Spur auf der Strecke Matran–Freiburg;
- › Sicherung des Bahnübergangs in Grolley;
- › Neue Bahnsteige und Verbesserung des Zugangs zu den Zügen an den Bahnhöfen Belfaux, Pensier und Cressier;
- › Verlängerung der Trolleybus-Fahrleitung auf der Linie Jura–Pérolles;
- › Änderung und Anpassung von vier Bahnübergängen auf dem Gemeindegebiet von Haut-Intyamon;
- › Erneuerung der Fahrleitungen und Geleise zwischen Sugiez und Ins;
- › Bau von automatischen Schranken an den Bahnübergängen von «La Cergne» und «Montmoirin» auf dem Gemeindegebiet von Châtel-St-Denis;
- › neue Infrastrukturen der Bahnhöfe von Vaulruz Nord, Sâles und Vuisternens-devant-Romont;

› Bau von TETRA-Radioantennen auf dem Gemeindegebiet von Estavayer-le-Lac;

› Erneuerung der Linie auf der Strecke Ferenbalm–Kerzers;

#### 2.1.6 Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zu zwei Gesuchen um Erneuerung und Änderung einer Eisenbahnkonzession und zu zwei Gesuchen um Erneuerung und Änderung einer Automobilkonzession ein. Das Amt nahm ausserdem Stellung zu sechs Gesuchen um Bewilligung für grenzüberschreitende Fahrten.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt fünfzehn Bewilligungen für die Personenbeförderung.

#### 2.1.7 Seilbahnen und Skilifte

Das Amt erteilte zwei Bewilligungen für den Bau und eine Bewilligung für den Betrieb von Seilbahnen und Skiliften ohne Bundeskonzession. Es erneuerte ausserdem eine Bewilligung zum Betrieb einer Schlittelpiste, drei Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts und drei Bewilligungen zum Betrieb eines Kleinskilifts. Es leitete 20 Inspektionsrapporte des Kontrollorgans des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter.

#### 2.1.8 Luftfahrthindernisse

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt vierzehn Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und eine Meldung über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses.

#### 2.1.9 Luftfahrt

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt holte die Stellungnahme des Amtes zur Änderung der Verordnung über die Infrastruktur der Luftfahrt und zur Verordnung über das Starten und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen ein.

## 2.2 Tätigkeit im Bereich der Energie

---

### 2.2.1 Allgemeines

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt zwei Sitzungen ab, die hauptsächlich der Umsetzung der neuen Energiestrategie und dem Programm zur Stützung der Wirtschaft gewidmet waren.

## 2010

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte das Amt seine Informationstätigkeit in den Gemeinden im Rahmen der Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fort.

Das Amt organisierte mehrere Kurse und Seminare für Bauspezialisten. Zusammen mit anderen Dienststellen des Staats betreute es einen Informationsstand an der Energissima-Messe, die vom 15. bis am 18. April 2010 in Freiburg stattfand.

Ausserdem führte es seine Informationskampagne in den Schulen mit Hilfe des Informationskonzepts für die französisch- und deutschsprachigen Primarklassen des Kantons fort.

Das Amt beteiligte sich u.a. an Pilot- und Demonstrationsprojekten in den Bereichen Biogas, Sonnenenergie, Holz und Windenergie.

Es nahm ferner an verschiedenen kantonalen Arbeits- und Begleitgruppen teil, die vom Bundesamt für Energie und von der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

### 2.2.2 Kantonaler Plan zur Stützung der Wirtschaft

Gestützt auf die Massnahme Nr. 14 sicherte das Amt einen Betrag von 1 123 030 Franken für 76 Gebäudesanierungen (fossile Energie) und einen Betrag von 447 680 Franken für 25 Gebäudesanierungen (nicht fossile Energie) zu. Es setzte 255 200 Franken für Informations- und Sensibilisierungskampagnen zum Thema Gebäudeenergieausweis ein, um die Hauseigentümer zu einer Kontrolle ihrer Gebäude anzuregen (Massnahme Nr. 15). Gestützt auf die Massnahme Nr. 16 gewährte es 8 662 561 Franken für 284 Projekte von photovoltaischen Solaranlagen. Und schliesslich gewährte es gestützt auf die Massnahme Nr. 17 einen Betrag von 275 721 Franken für das Konzept des Vereins «Energistadt», um die Gemeinden zu begleiten und sie anzuregen, sich um Erlangung des «Energistadt»-Labels zu bemühen.

### 2.2.3 Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 drei Bewilligungen.

### 2.2.4 Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 31 Projekte zu, was einem Betrag von 454 290 Franken für eine Leistung von 3158 kW entspricht.

### 2.2.5 Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 366 Projekte zu, was einem Betrag von 842 822 Franken für eine Fläche von 3 266 m<sup>2</sup> entspricht.

### 2.2.6 Gebäude, die den Minergie-P-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 19 Projekte zu, was einem Betrag von 206 980 Franken entspricht.

### 2.2.7 Wärmepumpen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 77 Projekte zu, was einem Betrag von 405 000 Franken für eine Leistung von 848,37 kW entspricht.

### 2.2.8 Heizwasserverteilsysteme

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 79 Projekte zu, was einem Betrag von 78 000 Franken entspricht.

### 2.2.9 Gebäudeprogramm

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 840 Projekte zu, was einem Betrag von 2 126 430 Franken entspricht.

### 2.2.10 Erdgas

Das Amt bewilligte den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Frigaz AG:

- > Industriezone Les Combes–Rue de la Léchère, Gemeinde Bulle;
- > Gemeinde Broc;
- > Gemeinde Gruyères;
- > Gemeinde Morlon;
- > Gemeinde Sâles;
- > Gemeinde Romont;
- > Gemeinde La Folliaz;
- > Gemeinde Villaz-St-Pierre.

---

## 2010

Das Amt bewilligte ausserdem den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Cosvegaz AG:

- > Gemeinde Torny;
- > Gemeinde Ursy;
- > Gemeinde Rue.

---

## VII. Amt für Statistik

---

### 1. Aufgaben

Das Amt für Statistik ist das Zentralorgan für die kantonale Statistik. Seine Aufgabe besteht darin, den kantonalen Dienststellen und Körperschaften, den Gemeinden und der Öffentlichkeit statistische Dienstleistungen zu erbringen. Es koordiniert die kantonale Statistik sowie die Aufgaben, die der Kanton im Rahmen der Bundesstatistik zu erfüllen hat und stellt die nötigen Fachkenntnisse zur Erstellung und Analyse von Statistiken zur Verfügung. Es führt selber Erhebungen und Analysen durch, soweit es die ihm zur Verfügung stehenden Mittel erlauben, oder berät Verwaltungsstellen und wissenschaftliche Kreise bei ihrer Arbeit.

In seinen Publikationen und der Öffentlichkeit gegenüber tritt das Amt unter dem Namen «Statistik Freiburg» bzw. STAT-FR auf.

*Das Amt für Statistik wird von Pierre Caille, Dienstchef, geleitet.*

---

### 2. Tätigkeit

---

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

---

##### 2.1.1 Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)

Jedes Jahr erstellt das Bundesamt für Statistik (BFS) seine Statistik des Bevölkerungsstandes, indem es zum Ausgangsbestand die Wanderungsbewegung (Zu- und Wegzüge) und die natürliche Bewegung (Geburten und Todesfälle) hinzuzählt. Dabei bedient es sich verschiedener Register, die auf Landesebene zentralisiert sind, wie etwa des Zentralen Migrationsinformationssystems (ZEMIS) und des Zivilstandsregisters (INFOSTAR). Für die Wanderungsbewegung der Schweizerinnen und Schweizer muss es jedoch die einzelnen Kantone mit einer Erhebung

beauftragen. Anhand dieser Informationen errechnet das BFS die ständige Wohnbevölkerung der Gemeinden, die dem Amt für Statistik des Kantons Freiburg als Grundlage zur Berechnung des Bestands der «zivilrechtlichen» Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden dient. Mit Verordnung vom 14. September 2010 hat der Staatsrat die Bevölkerungsbestände vom 31. Dezember 2009 verabschiedet.

#### 2.1.2 Schulstatistik

Die detaillierten Resultate der Schulstatistik 2009/2010 hat das Amt im Statistischen Jahrbuch 2011 und auf seiner Website veröffentlicht. Wie in den vergangenen Jahren sind dem BFS die gemäss Bundesgesetz nötigen Daten übermittelt worden. Die Zählung für das Schuljahr 2010/2011 ist im November 2010 in sämtlichen Schulen des Kantons durchgeführt worden, mit Ausnahme der Fachhochschulen und der Universität. Sie ist zum ersten Mal auf elektronischem Wege mit einer Anwendung durchgeführt worden, die im Rahmen des Projekts ReSco entwickelt worden ist und die den neuen Anforderungen des Bundes entspricht.

Das Amt ist am Projekt für ein harmonisiertes Schulverwaltungssystem beteiligt, dem Projekt «HAE». Dieses System, das voraussichtlich 2015 eingeführt wird, sollte nahezu alle Informationen zur Verfügung stellen, die die Bundesstatistik im Bereich des Bildungswesens benötigt, wodurch sich die traditionelle Erhebung durch Befragung der Schüler erübrigt.

#### 2.1.3 Baustatistik und Statistik der Immobilien-transaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) und jene der Handänderungsstatistik werden regelmässig im *Freiburger Konjunkturspiegel* und auf der Website *Statistik Freiburg* veröffentlicht.

Im Auftrag des BFS nimmt das Amt für Statistik die Quartalerhebung der Wohnungsproduktion vor. Diese Umfrage wird in den Gemeinden per Stichprobe durchgeführt.

Ebenfalls für das BFS hat das Amt für Statistik die jährliche Bauerhebung durchgeführt.

Seit März 2005 ist das freiburgische Gebäude- und Wohnregister, das vom Kanton selbständig verwaltet wird, offiziell als Bestandteil des eidgenössischen Registers anerkannt. Der Kanton erhält somit eine Entschädigung für jede Aktualisierung des kantonalen Registers, die der Bund in sein Register übernimmt. Anfang 2009 musste das Amt für Statistik seine gesamte Produktion auf dem Sektor der Baustatistik und seinen gesamten Gebäude- und Wohnungsbestand auf Informatikinfrastrukturen umsiedeln, die der Bund ihm zur Verfügung gestellt hat,

---

## 2010

und somit auf die eigenen Anwendungen zur Verwaltung des Gebäude- und Wohnungsregisters verzichten. Dies war nötig geworden, da die kantonalen Anwendungen den neuen Anforderungen nicht mehr genügten, die sich aus den verschiedenen Projekten zur Registerharmonisierungen auf Bundesebene ergaben.

### 2.1.4 Konjunkturtest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg der Konjunkturtest in der Industrie durchgeführt, in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Handelskammer Freiburg. Im Jahr 2010 ist er auf den Detailhandel, einen wichtigen Wirtschaftszweig im Kanton Freiburg ausgedehnt worden.

Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im *Freiburger Konjunkturspiegel* in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

### 2.1.5 Perspektiven der Freiburger Wirtschaft

Im Dezember 2010 haben die Freiburger Kantonalbank und das Amt für Statistik die dritte Auflage dieser Broschüre in ihrer neuen Aufmachung veröffentlicht, die vom BAK Basel Economics erstellt wird. Die Zusammenarbeit mit diesem Institut wird dieser Nummer beendet. Ab 2011 werden die BIP-Berechnungen und -Vorhersagen dem Institut Créa in Lausanne anvertraut.

### 2.1.6 Veröffentlichungen

Die vier Ausgaben des *Freiburger Konjunkturspiegels* sind im Februar, Mai, August und November erschienen. Diese Publikation zählt rund 500 Abonnenten.

Die jährliche Veröffentlichung *Perspektiven der Freiburger Wirtschaft* ist der Öffentlichkeit im Dezember 2010 vorgestellt worden (siehe 2.1.5).

Die Ausgabe 2011 des *Statistischen Jahrbuchs des Kantons Freiburg* ist im Januar 2011 erschienen.

Die kostenlose Taschenstatistik *Der Kanton Freiburg in Zahlen* ist ebenfalls im Dezember 2010 erschienen und ist zusammen mit dem Jahrbuch versandt worden. Diese von der Freiburger Kantonalbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung herausgegebene Broschüre wird vom Amt für Statistik realisiert.

### 2.1.7 Website

Die Website *Statistik Freiburg* ([www.stat-fr.ch](http://www.stat-fr.ch)) wird fortlaufend aktualisiert, sobald neue Informationen zur Verfügung stehen.

### 2.1.8 Auskunft

Im Jahr 2010 hat das Amt für Statistik rund tausend Anfragen um statistische Informationen unterschiedlicher Komplexität bearbeitet. Der damit verbundene Zeitaufwand beträgt je nach Fall zwischen 5 Minuten und zwei Wochen. Grösstenteils kommen die Anfragen von anderen Stellen der Kantonsverwaltung, von Gemeinden, Forschern, Studenten, Journalisten, politischen und wirtschaftlichen Führungskräften.

### 2.1.9 Koordination

Als Bestandteil des sogenannten «*Statistiksystems Schweiz*» ist das Amt für Statistik Verbindungsstelle für zahlreiche Erhebungen des Bundes, zu welchen es in verschiedenster Form beiträgt (Harmonisierung der Nomenklaturen, Datenerhebung, -validierung und -plausibilisierung, Verbreitung der Resultate, Beratung usw.). Nebst den bereits erwähnten Bevölkerungs-, Bildungs- und Baustatistiken gilt es zum Beispiel die vierteljährliche Beschäftigungsstatistik, die Lohnstrukturerhebung oder die Betriebszählung zu erwähnen.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Eidgenössische Volkszählung

Das Amt für Statistik nimmt am Projekt zur Harmonisierung und Zentralisierung der Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden teil (Projekt «HarmPers»). Dieses neue System wird den kantonalen Verwaltungsstellen und anderen berechtigten Instanzen die nötigen Personenangaben in harmonisierter Form zur Verfügung stellen. Was die Statistik angeht, wird dieses System die vom Bund geforderten Informationen für die eidgenössische Volkszählung 2010 liefern können. Das Amt für Statistik ist mit einem Teilprojekt beauftragt worden, das die Gemeinden bei der Aktualisierung des Einwohnerregisters sowie bei der Vergabe der neuen AHV-Nummern und Gebäude- und Wohnungsidentifikatoren unterstützen soll. Das Gesamtprojekt steht unter der Schirmherrschaft der Sicherheits- und Justizdirektion, wird jedoch von einer direktionsübergreifenden Struktur getragen.

Im Jahr 2010 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes, die diesem Projekt unterstellt sind, die Gemeinden bei den Arbeiten zur Bereinigung und Harmonisierung ihrer Register tatkräftig unterstützt. Freiburg war einer der ersten Kantone, der die Qualitätsanforderungen des Bundes hinsichtlich der Registerdaten erfüllen konnte.

### 2.2.2 Statistiken im Bildungsbereich

Da das zukünftige harmonisierte Schulverwaltungssystem voraussichtlich nicht vor 2015 eingeführt wird, ist im September

---

**2010**

2010 als Übergangslösung ein Informatiksystem für die Schülerzählung in Produktion gegangen. Dieses System ersetzt eine zwanzig Jahre alte Informatikanwendung, die abgeschafft werden musste, und entspricht den neuen Anforderungen, die das eidgenössische Projekt zur Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich (MEB) stellt.

### 2.2.3 Messung des wirklichen Fortschritts der Gesellschaften

Das Amt für Statistik klärt ausserdem ab, ob ein Instrument zur Messung des wirklichen Fortschritts der Gesellschaften auf regionaler Ebene realisierbar ist. Diese Überlegungen finden in Zusammenarbeit mit der Firma Paola Ghillani & Friends statt und werden auch im Jahr 2011 fortgeführt.

### 2.2.4 Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund

Gegenwärtig ist der Dienstchef des Amts für Statistik auch Präsident der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT). In dieser Rolle ist er vom Bundesrat beauftragt worden, die Kantone an der eidgenössischen Statistikkommission zu vertreten. Darüber hinaus ist er auch Mitglied des Organisationskomitees der Schweizer Statistiktage 2010 in Neuenburg, die sowohl die Festlichkeiten zum 150. Geburtstag des Bundesamts für Statistik als auch jene für den Weltstatistiktage umfassten. Im Jahr 2011 werden die Schweizer Statistiktage vom 26. bis 28. Oktober in Freiburg stattfinden. An diesen drei Tagen ist mit rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu rechnen. Das Amt für Statistik ist auch als Mitglied der Conférence des offices statistiques romands et tessinois (CORT) aktiv und ist auch im REGIOSTAT-Ausschuss, dem Organ zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den regionalen statistischen Ämtern und dem Bund, vertreten. Als Vertreter der Kantone nimmt es an verschiedenen Arbeitsgruppen teil, die sich mit neuen Projekten und Reformen auf dem Gebiet der Bundesstatistik befassen.

### 2.2.5 Weitere Tätigkeit

Das Amt beteiligt sich an zahlreichen Arbeitsgruppen auf kantonaler Ebene, namentlich an der Projektleitung und der Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Personenregister, an der Projektleitung für das Schulverwaltungssystem, an der Projektleitung zur Harmonisierung der Gebäuderegister, an der tripartiten Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt, an der Task Force für die Wirtschafts- und Konjunkturlage und am Wirtschaftsmonitoring im Kanton. Im Rahmen dieser Projekte hat es die Aufgabe, statistisches Zahlenmaterial zu beschaffen und zu analysieren. Abgesehen davon berät das Amt regelmässig andere Dienststellen über die Methodik bei verschiedenen Umfragen und sonstigen statistischen Tätigkeiten.

## VIII. Wohnungsamt

---

### 1. Aufgaben

---

Das Wohnungsamt ist für die Verwaltung der Finanzhilfen für subventionierte Wohnungen zuständig. Es befasst sich ausserdem mit allen anderen Aspekten der Wohnungspolitik und mit der Verwaltung der Schlichtungskommissionen im Mietwesen.

*Das Amt wird von Martin Tinguely, Dienstchef, geleitet.*

### 2. Tätigkeit

---

#### 2.1 Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2010 zählte der Kanton Freiburg 1138 Leerwohnungen, das sind 108 mehr als im Vorjahr. Damit stieg die Leerwohnungsziffer geringfügig von 0,85% im Jahr 2009 auf 0,92% des ungefähren kantonalen Gesamtwohnungsbestandes an. Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es, die zunehmende Nachfrage aufgrund des starken Bevölkerungswachstums im Kanton Freiburg zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt überall ausser im Saanebezirk und im Sensebezirk unter 1%.

Saane	1,21%
Glane	0,73%
Greyerz	0,84%
Broye	0,49%
Vivisbach	0,25%
Sense	1,23%
See	0,60%

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

1- und 2-Zimmer	17%
3-Zimmer	28%
4-Zimmer	37%
5-Zimmer und mehr	18%

---

## 2010

Zudem sind 83% aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 17% zu verkaufen.

Auf dem Freiburger Wohnungsmarkt ist das Angebot an Leerwohnungen von Ort zu Ort verschieden.

### 2.2 Wohnbauförderung

Der Bund kann gestützt auf das Wohnraumförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Im Februar 2007 hat der Bund endgültig auf die Gewährung direkter Darlehen verzichtet, was keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen nach WFG hat: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften, Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit). Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen, SVW, dessen Westschweizer Sekretariat sich in Lausanne befindet) zinsgünstige Darlehen beantragen. Bundeshilfen gemäss WFG werden seit 2009 nur gewährt, wenn beim Bau oder bei der Renovation bestimmte Kriterien im Energiebereich erfüllt werden (Minergie-Standard, MuKE).

### 2.3 Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung erfüllt das Amt besonders zwei Aufgaben:

- a) Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 4 745 393 Franken und die der Gemeinden auf 2 114 382 Franken;
- b) Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Leistungen des Bundes und des Kantons (etwa 4000 Wohnungen sowie etwa 4000 weitere Wohnungen, für die nur Bundesleistungen gewährt werden). Aufgrund dieser Kontrollen wurde eine Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

Das Wohnungsamt hat seine neue Software zur Verwaltung der Wohnraumförderung in Betrieb genommen. Diese neue Software umfasst eine Aktualisierung der Zahlungsinstrumente und die Einführung von Entscheidungshilfen. Seither wird eine

einzigste Anwendung für die Bearbeitung der Gesuche für Wohnungen benutzt, die vom Kanton subventioniert werden.

### 2.4 Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2010 gaben fünf Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattung belief sich auf 48 850 Franken. Die Anteile des Bundes und der betroffenen Gemeinden wurden zurückgezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

### 2.5 Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es dem Amt, Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nicht-rückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um wertvermehrende Arbeiten handelt.

Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Kantonen wird diese Aufgabe seit 2008 vollständig den Kantonen übertragen. Der Staatsrat hat beschlossen, keinen Erlass in der Sache aufzustellen und folglich die gesamten Subventionen auf dem Gebiet aufzuheben.

Eine letzte Finanzhilfe wurde 2007 im Greyerzbezirk zugesprochen. Die Bauabrechnung wurde 2010 genehmigt. Die ausgezahlten Beiträge belaufen sich auf 40 000 Franken.

### 2.6 Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Die drei Schlichtungsstellen behandelten im Berichtsjahr 992 Anfechtungen. Diese Beschwerden, die hauptsächlich den Mietzins, die Nebenkosten und den Kündigungsschutz betrafen, wurden wie folgt geregelt:

2010

Einigung	645 (65%)
Keine Einigung	170 (17%)
Entscheide über Kündigungsschutz und Mietzinshinterlegung	76 (8%)
Nichteintreten, Rückzug	56 (6%)
An das Schiedsgericht weitergeleitete Fälle	45 (4%)
Total Gesuche 2009	992 (100%)

Im Rahmen der teilweisen Neuverteilung der Aufgaben unter den Direktionen hat der Staatsrat beschlossen, die Schlichtungsbehörden ab dem 1. Januar 2011 von der Volkswirtschaftsdirektion an die Sicherheits- und Justizdirektion zu übertragen. Dieser Wechsel ist auf das Inkrafttreten des neuen Justizgesetzes zurückzuführen.

## 2.7 Baulandreserven

Im Jahr 2010 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven von Immobiliengesellschaften gestellt.

## 2.8 Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2010 wurde dem Amt kein Gesuch um Erwerb einer Liegenschaft in diesem Bereich gestellt.

## 2.9 Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben sind vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Die Kommission hielt im Berichtsjahr eine Sitzung ab, die am 27. September 2010 stattfand.

## IX. Amt für Berufsbildung

### 1. Aufgaben

Das Amt für Berufsbildung, das von *Fritz Winkelmann*, Dienstchef, geleitet wird, ist mit der Ausführung der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons über die Berufsbildung und der interkantonalen Vereinbarungen auf dem Gebiet beauftragt. Es sorgt ferner für die Umsetzung der Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung, mit denen insbesondere die Partner angespornt werden, Lehrstellen und Ausbildungsplätze zu schaffen. Es informiert, berät und begleitet seine Partner und die lernenden Personen. Es sorgt ausserdem für das reibungslose Funktionieren der 61 Lehraufsichtskommissionen, der 81 Qualifikationskommissionen und der 30 Kommissionen für überbetriebliche Kurse sowie des Sekretariats der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums (VKBZ).

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

2010 registrierte das BBA eine neue Zunahme der Lernenden um 129 Personen, so dass die gesamte Zahl der Lernenden im Kanton auf 8531 Personen angestiegen ist (dies entspricht einer Zunahme um 51.4% gegenüber dem Jahr 2000). Die folgende Aufstellung bietet einen Überblick über die Resultate der Lehrstellenförderung, die erteilten Bildungsbewilligungen und die Lehrbetriebe, die zurzeit Lernende ausbilden:

	2009	2010	Entwicklung
Neu gewährte Bildungsbewilligungen	351	375	+6,8%
Betriebe, die zurzeit Lernende ausbilden	2409	2401	-0,3%
Durchschnittliche Anzahl Lernende pro Betrieb	3.5	3.6	+2,9%
Unternehmen mit Bildungsbewilligung	3664	3665	+0,0%
Unternehmen mit erster Bildungsbewilligung	150	151	+0,7%
Unternehmen mit weiteren Bildungsbewilligungen	103	146	+41,7%
Kontaktierte Unternehmen für die Schaffung neuer Lehrstellen	1137	1598	+40,5%

Das Reglement über die Berufsbildung wurde am 23. März 2010 verabschiedet und trat rückwirkend auf den 1. Januar 2010 in Kraft. Die Änderungen des Reglements des Interprofessionellen

---

**2010**

Weiterbildungszentrums (IWZ) wurden ebenfalls verabschiedet. Die Verordnungen über die berufliche Grundbildung von 26 Berufen sind im Berichtsjahr in Kraft getreten, drei davon für Berufe mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) und 23 für Berufe mit EFZ. Das BBA, das auf nationaler Ebene in die Erarbeitung dieser Verordnungen eingebunden ist, hat zu allen Vernehmlassungen Stellung genommen.

Im Bereich Gesundheit und Soziales konnten in Zusammenarbeit mit der GSD Empfehlungen herausgegeben werden, um auf dem Gebiet tätige Personen zu unterstützen, die ein EFZ als Fachperson Betreuung (FaBe) oder als Fachperson Gesundheit (FaGe) erlangen möchten. Ausserdem werden in Zusammenarbeit mit der Organisation der Arbeitswelt (OaA) des Kantons Freiburg für die Fachbereiche Gesundheit und Soziales, der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit in Grangeneuve (ESSG) und dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung (BEA) Arbeiten im Rahmen der Anerkennung von Bildungsleistungen ausgeführt, um EFZ ab dem Jahr 2012 vergeben zu können.

Die Partner des BBA können sich seit 2007 über ein Newsletter regelmässig informieren lassen. Im Jahr 2010 wurden fünf Newsletter an rund 4500 Akteure der Berufsbildung auf kantonaler und nationaler Ebene versandt. Die Newsletter ermöglichen es, die Partner direkt zu kontaktieren und sie auf zahlreiche Themen in Verbindung mit der Bildung aufmerksam zu machen (Schutz junger Arbeitnehmer, Jugendurlaub, sexuelle Belästigung usw.) und die Informationen mit dynamischen Links auf entsprechende Websites zu versehen. Den Statistiken zufolge registriert die Website des BBA im Monatsdurchschnitt etwa 12 000 Zugriffe.

2010 wurden 21 Kurse für Berufsbildner in Lehrbetrieben organisiert, vier davon auf Deutsch. Nicht weniger als 450 Personen haben ihren Ausweis als Berufsbildnerin oder Berufsbilder erhalten. Seit zwei Jahren wird den Teilnehmenden eine Kopie der Vorträge der Referenten in elektronischer Form mit Links auf die verschiedenen Informationsquellen ausgehändigt. Die enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat verleiht der Ausbildung eine zusätzliche Dimension.

Der offizielle Beitritt der Region Freiburg zum Programm EURODYSSÉE nach einem Jahr unter der Schirmherrschaft der Region Rhône-Alpes ermöglichte eine gute Entwicklung dieses Jugendaustauschprogramms, das von der Versammlung der Regionen Europas geleitet wird. Im Berichtsjahr wurden sieben Praktikantinnen und Praktikanten empfangen und vier junge Freiburgerinnen und Freiburger haben ein Praktikum im Ausland absolviert.

In Zusammenarbeit mit der Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung hat das Amt

in Umsetzung des Konzepts zur Unterstützung der Jugendlichen mit Schwierigkeiten einen Case Manager für die Berufsbildung angestellt und verschiedene Massnahmen getroffen. Diese Massnahmen bestehen insbesondere in einer stärkeren Begleitung von Jugendlichen, die mit Mehrfachproblematiken konfrontiert sind, oder die nach der Ausbildung keine Stelle gefunden haben, oder die ihre Ausbildung abgebrochen haben. Diese Massnahmen, die vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) subventioniert werden, sind eine Antwort auf die Herausforderung Nr. 1 des Regierungsprogramms 2007–2011.

Die Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums weihte am 4. November 2010 ihre neuen Infrastrukturen ein, die bereits seit dem 26. August 2010 genutzt werden. Diese umfassen ein grosses Schulgebäude mit 28 Schulzimmern, einem Hörsaal, einer Cafeteria, einem Restaurant, einer Bibliothek, einer Dreifachturnhalle, einem Fitnessraum und zwei Tiefgaragen sowie der Umbau der bestehenden Infrastrukturen am Standort «Derrière-les-Remparts».

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Kantonaler Plan zur Stützung der Wirtschaft

Im Schuljahr 2009/10 wurde den Lehrbetrieben ein Betrag von 1 870 000 Franken im Rahmen der Massnahme Nr. 1 des Plans zur Stützung der Wirtschaft ausgezahlt. Diese Massnahme besteht in der Verdoppelung des Kantonsanteils an der Finanzierung der überbetrieblichen Kurse in den Schuljahren 2009/10 und 2010/11 (von 20 auf 40%). Diese Massnahme, die 2065 Betrieben zugute kam, war den betroffenen Kreisen sehr willkommen.

Am interkantonalen Lehrstellentag stiess die starke Präsenz der Berufsbildung in den Medien auf viel Resonanz, insbesondere bei den Organisationen der Arbeitswelt, den Betrieben, den Jugendlichen und den Eltern. 26 Lehrstellen konnten dank dieser Massnahmen geschaffen werden, die 13 000 Franken kostete: 500 Franken wurden pro unterzeichneten Lehrvertrag gewährt (Massnahme Nr. 27 des Plans zur Stützung der Wirtschaft).

### 2.2.2 Validierung von Bildungsleistungen

Am 15. Oktober 2010 erteilte das BBT die definitive Anerkennung des Verfahrens für die Validierung von Bildungsleistungen des Kantons Freiburg. Die Kantone Bern, Freiburg und Zürich sind die ersten, die diese Anerkennung erhalten haben.

### 2.2.3 Arbeitszeitanalyse

Der Bericht über die Arbeitszeitanalyse bei den Lehrpersonen der VWD ergab, dass die Lehrpersonen in der Berufsbildung

## 2010

mit einem Vollzeitpensum (25 Ausbildungseinheit) eine jährliche Arbeitszeit von über 1900 Stunden leisten. Deshalb hat der Staatsrat am 15. März 2010 beschlossen, ihre Arbeitszeit um eine Ausbildungseinheit pro Woche zu senken. Dieser Beschluss gilt seit dem 1. September 2010 und seine Umsetzung wird sich über zwei Jahre erstrecken.

### 2.2.4 Leistungsverträge

Der Staatsrat hat die Referenz-Leistungsverträge für die überbetrieblichen Kurse und die Lehrbetriebsverbände verabschiedet.

### 2.2.5 Europatage

Eine Delegation von rund 100 deutsch- und französischsprachigen Lernenden und Lehrpersonen der Gewerblichen und Industriellen Berufsfachschule (GIBS) und der Kaufmännischen Berufsfachschule (KBS) empfing am 19. Mai 2010 den belgischen Botschafter und eine Vertreterin der niederländischen Botschaft. Die Diskussionen, die sich um die Gründung der europäischen Gemeinschaft in der Nachkriegszeit und um den aktuellen europäischen Integrationsprozess drehten, wurden aufgrund der Gedankenanstösse der Schülerinnen und Schü-

ler geführt. An einer Vollversammlung mit den belgischen und niederländischen Gästen, den Schülerinnen und Schülern des Kollegiums St. Michael und den Lernenden der GIBS und der KBS wurde danach der Dialog über Europa weitergeführt.

## 2.3 Berufsbildungskommission

Die Berufsbildungskommission hielt zwei Sitzungen ab. Sie behandelte Themen in Verbindung mit der beruflichen Grundbildung, der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung. Sie ernannte neue Mitglieder der Lehraufsichtskommissionen, die an die Stelle von zurückgetretenen Mitgliedern traten, und bemühte sich dabei um eine ausgeglichene Vertretung. Sie genehmigte den Voranschlag und die Jahresrechnung des Interprofessionellen Weiterbildungszentrums (IWZ).

## 3. Ausbildung

### 3.1 Berufliche Grundbildung

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die Bestände der Lernenden und die Zahl der Fähigkeitszeugnisse und Ausweise, die im Kanton ausgestellt wurden:

	Personen in Ausbildung		Fähigkeitszeugnisse und Ausweise			
	2009	2010	2009		2010	
Berufsmaturität BMS 2	237	289	1839	357	1939	390
Lehre (mit lehrbegleitender Berufsmaturität)	7421	7508				
Hörer	269	226	82		98	
Praktische Ausbildung	18	17	14		13	
Anlehre	100	93	54		47	
Vorlehre	38	70				
Vorkurs (SeMo)	217	240				
Integrationskurs	102	88				
<b>Total</b>	<b>8402</b>	<b>8531</b>	<b>2346</b>		<b>2487</b>	

Für 2010 liegt die Erfolgsquote bei 90,2%, (2009 = 88,87%).

1602 Lernende besuchen die Berufsschule in einem anderen Kanton. Diese Zahl umfasst auch die Freiburgerinnen und Freiburger, die eine Lehrwerkstätte in einem anderen Kanton besuchen.

Das BBA und die Berufsbildungszentren bilden 17 Lernende aus.

2010

### 3.2 Beruflicher Unterricht

Der berufliche Unterricht wird von fünf Berufsfachschulen sichergestellt, die auch 392 Lernende aus anderen Kantonen ausbilden. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Schülerbestände dieser Schulen.

Berufsfachschule	Personen in Ausbildung		Total
	Französisch	Deutsch	
Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS), Freiburg	2551	719	3270
Kaufmännische Berufsfachschule (KBS), Freiburg	705	399	1104
Lehrwerkstätten Freiburg (LWF)	493	57	550
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule (GKBS), Bulle	1021		1021
Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG), Posieux	421	33	454
Andere Schulen und Institutionen des Kantons	488	42	530
<b>Total</b>	<b>5679</b>	<b>1250</b>	<b>6929</b>

Die Kaufmännische Berufsfachschule (KBS) bietet seit dem Schuljahr 2010–2011 für Lernende, die eine Ausbildung als Pharmaassistentin oder Pharmaassistent absolvieren, eine Zusatzausbildung für die integrierte gesundheitlich-soziale Berufsmaturität an. Der erste Jahrgang der berufsbegleitenden zweisprachigen kaufmännischen Berufsmaturitätsklasse nach Abschluss eines EFZ (2 Jahre) absolvierte die Prüfungen im Juni 2010 mit einer Erfolgsquote von 65%. Dieses Jahr konnte eine neue Klasse gebildet werden.

Die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG) hat im Bildungsgang «Gesundheit» für Fachangestellte Gesundheit (FaGe) neben dem System der Schule mit Praktikum die duale Lehre und die auf 2 Jahre verkürzte Ausbildung für Erwachsene eingeführt. Sie hat ausserdem zum ersten Mal eine deutschsprachige Klasse im dualen System eröffnet. Die ESSG beteiligt sich aktiv an der Durchführung der überbetrieblichen Kurse bis zu ihrer Übertragung an die OdA im Jahr 2011. Das BBA, die OdA und die ESSG haben eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen. Ausserdem hat ein weiterer Jahrgang von Pflegefachpersonen den Ausweis des Schweizerischen Roten Kreuzes erhalten. Der Bildungsgang «Soziales» für Fachpersonen Betreuung wächst weiter. 2006 zählte er 2 Klassen und 29 Lernende, heute sind es 157 Lernende, die auf 8 Klassen verteilt sind.

Die Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS) konnte erstmals eine homogene deutschsprachige Klasse für die gesundheitlich-soziale Berufsmaturität nach Abschluss eines EFZ bilden.

Die Eröffnung der neuen Dreifachturnhalle erlaubte es, die ersten Turnstunden für die KBS und die GIBS, die beiden Berufsfachschulen am Standort «Derrière-les-Remparts», einzuführen. Das Sportfach ist wie die Berufsfächer oder die allgemeinbildenden Fächer obligatorisch. Die Berufsfachschulen erfüllen damit immerhin teilweise ihre gesetzlichen Pflichten.

Die Lehrwerkstätten (LWF) haben nach verschiedenen Anhörungen des Personals der Schule und externer Fachpersonen ihre neue Bezeichnung festgelegt. Dieser Schritt ist auf die Übernahme des Bereichs Gestaltung und visuelle Kommunikation durch den Kanton und die Einführung des neuen visuellen Auftritts des Staats zurückzuführen und fällt mit dem Bezug der neuen Räumlichkeiten auf den Schulbeginn 2011 zusammen. Der neue Name lautet:

Ecole des Métiers | Technique et art | Fribourg

Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg

### 3.3 Überbetriebliche Kurse

Im Schuljahr 2009/2010 besuchten 7224 Lernende die überbetrieblichen Kurse im Kanton, 114 von ihnen direkt in ihrem Lehrbetrieb.

### 3.4 Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung

Das Interprofessionelle Weiterbildungszentrum (IWZ) registrierte 3342 Anmeldungen für die folgenden Ausbildungen: 613 für Informatikkurse, 985 für Managementkurse, 354 für Kurse im Bereich Industrie und Gewerbe, 237 für Kurse in Personalverwaltung, 223 für Sprachkurse, 81 für Kurse in Verkauf und Marketing sowie 849 für Pädagogikkurse. Dies entspricht einer Zunahme um 17% gegenüber dem Vorjahr.

Das IWZ verfügte über ein Budget von 2 454 499 Franken und realisierte 2009 einen Nettogewinn von 25 617 Franken. Der Umsatz zwischen 2009 und 2010 ist anhand der nicht revidierten Zahlen um 20% gewachsen.

### 3.5 Gewerbebibliotheken

Aufgrund der Bauarbeiten konnte bis Ende Jahr nur ein Minimalbetrieb für die persönlichen Arbeiten im Rahmen der Qualifikationsverfahren gewährleistet werden. Die Bibliothek

---

**2010**

konnte keine Bücher anschaffen und auch keine Besucher empfangen oder Bücher ausleihen.

Die Bibliothek der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule in Bulle (EPAC) erwarb 401 neue Titel und lieh 2770 Werke aus. 6516 Personen besuchten die Bibliothek (persönliche Arbeiten, Lesen, Internet, Schulmaterial, Klassenbesuche). 1704 Leserinnen und Leser sind heute registriert, im Jahre 2010 haben sich damit 210 Personen neu angemeldet. Dies entspricht einer Zunahme um 12% gegenüber dem Vorjahr.

## X. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

---

### 1. Aufgaben

---

Die FHF-TW, unter der Leitung von *Jean-Etienne Berset*, Generaldirektor, und die ihr angegliederten Schulen, nämlich die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) und die Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR), führen die ihnen durch die Bundesgesetzgebung übertragenen Aufgaben als Fachhochschulen aus. Diese umfassen den Unterricht, die berufliche Weiterbildung, die Forschung und Entwicklung, die Dienstleistungen für Dritte und die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.

### 2. Tätigkeit

---

#### 2.1 Tätigkeit der FHF-TW

Seit Januar 2006 ist die Generaldirektion der FHF-TW neben der HTA-FR und der HSW-FR auch für die beiden anderen Schulen der HES-SO Freiburg zuständig, nämlich die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) und die Hochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA), die der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport angegliedert sind.

Das herausragende Ereignis für 2010 ist die erfolgreiche Zertifizierung der HES-SO//FR als Ganzes durch die Société Générale de Surveillance (SGS) nach der Norm ISO 9001:2008. Diese Qualitätszertifizierung wurde durch eine Vorbereitungsphase und eine Umfrage über die Zufriedenheit des gesamten Personals der HES-SO//FR ergänzt. Diese Umfrage, die durch ein externes Organ durchgeführt wurde, dehnt das Qualitätssystem auch auf den Personalbereich aus.

Die Krippe Pérollino bietet seit ihrer Vergrößerung sechs zusätzliche Plätze an (18 insgesamt). Diese für das Personal und

die Studierenden der HES-SO//FR bestimmte Einrichtung wird sehr geschätzt und entspricht einem offensichtlichen und ständig zunehmenden Bedürfnis.

2010 hat die HES-SO//FR ausserdem eine «Ethik-Sommerakademie» organisiert. Die erste Ausgabe dieser Akademie, die während den Ferien stattfand, wurde von der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften unterstützt. Die zweiwöchige Veranstaltung gab Anrecht auf drei ECTS-Punkte und wurde von 26 Studierenden besucht. Die Kurse, die hauptsächlich von Dozierenden der verschiedenen Schulen erteilt wurden, die Durchmischung der verschiedenen Studienrichtungen und der Austausch zwischen den Studierenden aus ganz unterschiedlichen Richtungen wurden sehr geschätzt, wie aus der am Ende der Kurse durchgeführten Evaluation hervorging.

Zum Gesetzesentwurf über die HES-SO//FR, der vom Fortschritt der Arbeiten an der neuen interkantonalen Vereinbarung über die HES-SO abhängt, wurden vertiefte Überlegungen angestellt. Mehrere Szenarien für den Aufbau der künftigen HES-SO//FR wurden geprüft, dies insbesondere im Lichte ähnlicher Gesetzesentwürfe, die in anderen Partnerkantonen ausgearbeitet werden. Die gewählte Organisation ist die einer einzigen Rechtseinheit, der HES-SO//FR. Diese umfasst vier Hochschulen, deren Aufgabe es ist, die FH-Aufträge in ihren Studienbereichen umzusetzen, eine Generaldirektion, die die Verbindung zwischen der HES-SO und den zuständigen kantonalen Behörden herstellt, und die zentralen Dienste. Angesichts des Fortschritts der Arbeiten, besteht die Hoffnung, dass dieses Gesetz 2011 fertig ausgearbeitet werden kann. In diesem Fall könnte es frühestens 2012 in Kraft treten.

Die ständige Zunahme der Anzahl Studierenden an der HTA-FR (+ 60.2% seit 2000) zwang die Direktion dieser Hochschule, Räumlichkeiten zu mieten, um die Entwicklung ihrer Aktivitäten zu gewährleisten. Ein ausserordentlicher Kredit wurde in die Jahresrechnung 2010 aufgenommen, um die Inbetriebnahme dieser neuen Räumlichkeiten zu finanzieren.

2010 nahm der Umsatz der angewandten Forschung und Entwicklung (aF&E) und der Dienstleistungen für Dritte gegenüber 2009 deutlich zu (+ 33%). Diese Feststellung ist erfreulich und zeigt, dass nach der Einführungsphase der Masterstudiengänge, eines Unterfangens, für das viel Zeit und Energie aufgewendet werden musste, das Lehrpersonal wieder einen grossen Teil seiner Tätigkeit diesen beiden FH-Aufträgen widmen konnte.

Auch die HSW-FR entwickelte sich überdurchschnittlich und zwar sowohl in Bezug auf den Studierendenbestand in der Grund- und Weiterbildung, als auch in Bezug auf den Umsatz der aF&E und der Dienstleistungen für Dritte.

---

## 2010

### 2.2 Tätigkeit der HTA-FR

Das Jahr 2010 zeichnete sich durch zwei wichtige Ereignisse aus, die das Leben der Schule und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dauerhaft verändern werden.

Das erste steht in Verbindung mit ihren Infrastrukturen. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung verlagert die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg einen Teil ihrer Tätigkeiten auf einen Ort ausserhalb der Pérolles-Ebene, indem sie sieben Klassenzimmer an der Rue de la Carrière im Beaugard-Quartier am Standort der ehemaligen Brauerei eröffnet. In diesen neuen Räumlichkeiten werden Kurse verschiedener Studiengänge erteilt, um am Standort auf der Pérolles-Ebene Räumlichkeiten für neue Aktivitäten freizustellen: Empfang von Studierenden in den Masterstudiengängen MSE (Master of Science in Engineering) und MSL (Master of Science in Life Sciences) und Realisierung von Forschungsprojekten. Dieser neue Standort bietet nicht nur Raum für neue Aktivitäten, sondern auch interessante Entwicklungsperspektiven. Denn aufgrund seiner sehr zentralen Lage in direkter Nachbarschaft zum Bahnhof eignet sich dieser Standort besonders gut für Weiterbildungskurse sowie für bestimmte Masterkurse, die von einem Publikum aus anderen Kantonen besucht werden.

Das zweite herausragende Ereignis des Jahres 2010 war der Übergang der HTA-FR zu einer prozessorientierten Führung und der Bezeichnung von Verantwortlichen für die gesetzlichen Aufträge der Schule, die in den letzten Jahren etwas in den Hintergrund gerückt waren, nämlich die Weiterbildung und die nationalen und internationalen Beziehungen. Der Wechsel der Führungsmethode ist der logische Schritt auf die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems im Jahre 2006. Die Bezeichnung von Verantwortlichen mit erweiterten Führungskompetenzen für die wichtigsten Prozesse hat zum Ziel, die Führung der Schule zu vereinfachen und die Leitungsstruktur zu klären.

Nachdem vor ein paar Jahren bereits Verantwortliche für die Studiengänge und die aF&E bezeichnet wurden, wird mit der Ernennung von Verantwortlichen für die Weiterbildung und die nationalen und internationalen Beziehungen bezweckt, die Weiterbildungsaktivitäten auszubauen und die nationale und internationale Zusammenarbeit zu strukturieren. Diese beiden Ziele sind auf eine institutionelle Akkreditierung innert drei bis fünf Jahren ausgerichtet.

#### 2.2.1 Unterricht

Die Zahl der im Bachelor-Studiengang eingeschriebenen Studierenden stieg wie in den vergangenen Jahren weiter an. So konnte der Anfang des Jahres angekündigte Raummangel mit der Eröffnung von Klassenzimmern am Standort Beaugard

vorübergehend behoben werden, so dass die fälligen Klassenverdoppelungen problemlos realisiert werden konnten.

Auch im Jahr 2010 haben einzelne Studierende die Möglichkeit genutzt, eine zusätzliche Arbeit zu verfassen, um neben dem Bachelor-Diplom noch ein FH-Diplom zu erhalten. Es handelt sich dabei um Studierende, die ihre Ausbildung nach den Regeln des FH-Diploms angetreten haben und gesetzlich berechtigt sind, den Titel einer Ingenieurin FH oder eines Ingenieurs FH zu tragen, wofür sie 20 zusätzliche ECTS-Kreditpunkte benötigen.

Im Bereich der Zweisprachigkeit stabilisieren sich die Studierendenbestände. Auf den Schulanfang 2010 haben 59 neue Studierende, das heisst 22% des neuen Jahrgangs, sich für die zweisprachige Ausbildung auf Deutsch und Französisch angemeldet. Diese Studierenden sind mehrheitlich deutschsprachig (56%), aber auch die Französischsprachigen (33%) und die Italienischsprachigen (10%) nutzen die Gelegenheit, ihre sprachlichen Kompetenzen zu erweitern. Alle Studiengänge mit Ausnahme des Studiengangs in Architektur bieten eine zweisprachige Ausbildung an.

Der erste Jahrgang von Studierenden in den Masterstudiengängen in Engineering (MSE) und Life Sciences (MSL) steht kurz vor Abschluss der Ausbildung mit der Verfassung der Masterarbeit, die bis Januar 2011 abgegeben werden muss. Zur Erinnerung: Diese Bildungsgänge, die unter der Leitung der HES-SO organisiert werden, sind das Resultat einer schweizweiten Zusammenarbeit, an der die fünf Bildungsstandorte für Ingenieure der Westschweiz beteiligt sind, darunter die HTA-FR. Die HTA-FR arbeitet am Aufbau der Fachrichtungen Industrielle Technologien und Informations- und Kommunikationstechnologien des MSE mit sowie am Aufbau der Fachrichtung industrielle Chemie des MSLS.

Im Laufe des Jahres 2010 haben die HTA-FR, die HEIG-VD (Hochschule für Engineering und Management des Kantons Waadt) und die hepia (Hochschule für Landschaftsbau, Engineering und Architektur Genf) zusammengearbeitet, um das Projekt eines Masterstudiengangs in Geomatik aufzustellen, der ab 2011 angeboten werden sollte. Das Projekt, das beim BBT eingereicht wurde, erhielt die volle Unterstützung des Schweizerischen Fachhochschulrats und der EDK. Die Eröffnungsvorstellung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements wird auf Anfang 2011 erwartet.

Inzwischen hat bereits der vierte Jahrgang von Absolventinnen und Absolventen den Masterstudiengang abgeschlossen, der von der HTA-FR, der hepia und der BFH (Berner Fachhochschule) gemeinsam angeboten wird. Die Diplomverleihung fand Anfang Herbst in Burgdorf statt.

---

## 2010

### 2.2.2 Weiterbildung

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien konzentrierte sich das Weiterbildungsangebot auf die Top-Themen Informatiksicherheit, Architektur von Informatiknetzwerken und E-Government. Der MAS (Master of Advanced Studies) in Informations- und Kommunikationstechnologien ist ein zweijähriger berufsbegleitender Studiengang, der in Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen der HES-SO organisiert wird. 2010 startete der dritte Jahrgang in diesem Studiengang. Ausserdem wurde ein neuer Ausbildungsgang zum Thema Sicherheit von Informatikinfrastrukturen angeboten. Dieser ergänzt die bestehenden CCNA- und CCNP-zertifizierten Kurse der Networking Academy und die Kurse im Bereich der Infrastruktursicherheit, beziehungsweise der Kurse zu den Anwendungen der IT Security Academy. Alle diese Kurse werden mit internationalen Zertifikaten anerkannt. Ausserdem hat das eGov Technology Center in Partnerschaft mit dem SECO dieses Jahr ein neues Bildungsangebot im Bereich der E-Government-Technologien ausgearbeitet.

2010 hat das Institut für industrielle Technologien (iTIN) in Zusammenarbeit mit dem europäischen territorialen Kooperationsprogramm INTERREG IV Frankreich-Schweiz zwei neue Weiterbildungsprogramme ausgearbeitet: ein CAS (Certificate of Advanced Studies) in Konzeption von Kunststoffprodukten und ein CAS in Öko-Kunststofftechnologie. Die Ausbildung, die zum Abschluss eines DAS (Diploma of Advanced Studies) in Kunststofftechnologie führt, beginnt im Frühjahr 2011.

Das Institut für Bau und Umwelt (iCEN) hat seine Ausbildungsprogramme weiterentwickelt und insbesondere ein CAS in Naturgefahren in Zusammenarbeit mit der Präventionsstiftung der Kantonalen Gebäudeversicherungen und der BFH (Berner Fachhochschule), ein CAS in Luftqualität in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit und der SUPSI (Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana), sowie ein MAS in Projektmanagement Bau in Zusammenarbeit mit der HSLU (Hochschule Luzern) ausgearbeitet. Diese Ausbildungen, die im Herbst 2011 starten sollten, werden das bestehende Weiterbildungsangebot der iCEN ergänzen. Dieses besteht aus dem MAS im Bereich Immobilienbegutachtung in Zusammenarbeit mit der EPFL und der Universität Freiburg, dem MAS in Energie und nachhaltiger Entwicklung im Hochbau in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie und anderen Standorten der HES-SO und dem CAS im Bereich des erdbebensicheren Bauens.

### 2.2.3 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

114 Forschungsprojekte und 25 Dienstleistungen für Dritte wurden realisiert. Dieser Bereich erzielte einen Umsatz von

9 Millionen Franken. 82% dieses Umsatzes wurde mit Forschungsprojekten und 18% mit Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 39% durch Fremdkapital, zu 30% durch die FH-Westschweiz und zu 31% durch andere Mittel (KTI, Stiftungen usw.) sichergestellt. Insgesamt 84 Dozierende (15 VZÄ) leiteten diese Aktivitäten und 181 wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (52 VZÄ) arbeiteten voll- oder teilzeitlich an den Projekten mit.

Das Institut für Informations- und Kommunikationstechnologien (iTIC) hat in Partnerschaft mit dem SECO und einem Dutzend regionaler Unternehmen ein Kompetenzzentrum aufgestellt, das sich mit den E-Government-Technologien befasst. Dieses Zentrum beherbergt die nationalen Referenz-Server eGov CH. Es bietet Kurse an und erarbeitet Projekte im Bereich der Online-Identität, der Online-Formulare und der Online-Zahlungen. Das Institut hat seine Präsenz im Bereich der IT-Sicherheit verstärkt. Sein Sicherheitsobservatorium für KMU, NetObservatory, bietet erste Gratisleistungen an. Die entgeltlichen Leistungen werden voraussichtlich im Sommer 2011 eingeführt werden.

Das Institut für industrielle Technologien (iTIN), das sich auf seine vorrangigen Aufgaben im Bereich der Forschung konzentrierte, hat rund vierzig Forschungsprojekte im Bereich der Energie, der elektronischen Gesamtsysteme und der Kunststofftechnologie durchgeführt. Das Institut hat seine Zusammenarbeit mit den Netzwerken des Wissenschafts- und Technologiezentrums des Kantons Freiburg (WTZ-FR) und den industriellen Partnern im Kanton Freiburg verstärkt. Eine Plattform für die Entwicklung gefüllter Kunststoffe mit hoher Wertschöpfung wird zurzeit in enger Zusammenarbeit mit dem AMI, der UNI-FR und dem iCHIMIE geschaffen. Dank dieser Plattform werden gemeinsame Forschungsarbeiten an Kunststoffen mit neuen Eigenschaften und den damit verbundenen Verfahren durchgeführt. Die aF&E-Tätigkeit des iTIN im Bereich der Energie und insbesondere im Bereich der elektrischen Netze und der energetischen Rationalisierung hat stark zugenommen.

Das Institut für Bau und Umwelt hat seine Forschungsstrategie neu definiert und hat in drei Forschungsbereichen gearbeitet. Der Bereich «Tragwerke und Verstärkung von Tragwerken» umfasst innovative Tragwerke und Bauteile, Dimensionierungs-, Verstärkungs-, und Beurteilungsmethoden sowie erdbebensicheres Bauen. Der Bereich «Boden-Wasser» umfasst Themen in Verbindung mit der Umwelt und der nachhaltigen Entwicklung: Revitalisierung von Wasserläufen, Naturgefahren durch Hochwasser, Wasserversorgung und Wasserreinigung, Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz. Der Bereich «Lebensraum» schliesslich umfasst Themen in Verbindung mit dem

---

## 2010

nachhaltigen Bauen, der Raumentwicklung sowie den Wohnbedingungen und der Energie.

2009 erhielt die HES-SO die Erlaubnis, in Freiburg einen Studiengang für den Master of Science in Life Sciences in der Fachrichtung Chemical Development and Production zu eröffnen. Auf diesen Entscheid folgte die Einführung einer Master Research Unit (MRU), die der Chemie innerhalb der HTA-FR mehr Sichtbarkeit verleiht. In Umsetzung dieser Strategie, die die angewandte Forschung der Fachgruppe Chemie in den Vordergrund stellt, wurde im September ein Institut für Chemie (iCHEMIE) geschaffen. Diese Einheit ist für die Bachelor- und Masterstudiengänge, die aF&E und die Analysedienste verantwortlich.

### 2.2.4 Nationale und internationale Zusammenarbeit

Neben dem Austausch von Studierenden (Empfang von 44 Studierenden, Entsendung von 47 Studierenden) fand 2010 auch ein Austausch von mehreren Dozierenden statt. 70 Dozierende der HTA-FR reisten ins Ausland, um Kontakte in Lehre und Forschung zu knüpfen, und 24 Dozierende kamen aus verschiedenen Universitäten nach Freiburg.

Eine Vereinbarung über den Austausch auf Doktoratsstufe konnte zwischen der Agence Universitaire de la Francophonie und ihrem Büro für den Mittleren Osten und der HES-SO und der HTA-FR abgeschlossen werden. Eine spezifische Vereinbarung konnte im Sommer 2010 mit der Ecole supérieure d'ingénieurs de Beyrouth (ESIB) und der Universität St-Joseph (Libanon) abgeschlossen werden.

Weitere Vereinbarungen im Rahmen von Erasmus wurden ferner unterzeichnet mit der Universität Coimbra, Portugal (Studiengang Bauingenieurwesen), dem INSA in Rennes, Frankreich (Studiengänge Informatik und Bauingenieurwesen), der Hochschule München, Deutschland (Studiengang Elektrotechnik), der Fachhochschule Karlsruhe, Deutschland (Studiengang Elektrotechnik), der Ecole Centrale d'Electronique Paris, Frankreich (Studiengang Informatik), der Hochschule Offenburg, Deutschland und der Universität Lüttich, Belgien (Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen).

### 2.2.5 Andere Ereignisse

Die HTA-FR nahm am Forum der Berufe des Tessins teil, dem «Espoprofessionni», das vom 8. bis 14. März in Lugano stattfand, sowie am «Salon des étudiant-e-s» in Lausanne, um ihre Studiengänge zu präsentieren.

Sie hat auch anlässlich der traditionellen Ausstellung der Bachelorarbeiten am 10. und 11. September ihre Türen geöffnet.

In Zusammenarbeit mit der HES-SO nahm der Studiengang Chemie mit einer Eismaschine am Paléo Festival in Nyon teil, um bei der Jugend für sich zu werben.

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum des Bauingenieurwesens hat der Studiengang vier Konferenzen organisiert. An diesen Konferenzen konnten insbesondere zwei aktuelle Freiburger Grossbaustellen entdeckt werden: Die Poya-Brücke und das Gebäude der Lehrwerkstätten. Ausserdem empfing die HTA-FR am 29. April das YES'2010 (Young Engineer Symposium 2010).

## 2.3 Tätigkeit der HSW-FR

Die HSW-FR zählte im Jahr 2010 insgesamt 610 Studierende in ihren Ausbildungsgängen auf FH-Stufe. Sie hat den Studierenden, die ihre Ausbildung 2008 angetreten haben, die ersten Masterdiplome in Entrepreneurship ausgestellt. Sie hat auch zum dritten Mal die neuen Bachelordiplome verliehen. Für diese beiden Diplomstufen zeichnet sich die HSW-FR in sprachlicher und kultureller Hinsicht besonders aus, denn sie ist die einzige Schweizer FH, die zweisprachige (Deutsch und Französisch), beziehungsweise dreisprachige (Englisch) Ausbildungsgänge anbietet. Im Berichtsjahr gelang es der Hochschule ferner, bei den Nachdiplomabildungen ihre Vorreiterposition innerhalb der HES-SO zu festigen.

### 2.3.1 Unterricht

Seit der Einführung des «Bologna-Systems» hat die HSW-FR zum dritten Mal Bachelordiplome verliehen (Bachelor of Science HES-SO in Betriebswirtschaft). Mit diesem Titel wurden die Anstrengungen von 43 Studierenden belohnt, von denen 27 die Ausbildung berufsbegleitend während vier Jahren und 16 die Vollzeitausbildung während drei Jahren besuchten. Alle diese Studierenden haben eine komplett zweisprachige Ausbildung auf Französisch und Deutsch genossen und haben deshalb ein «zweisprachiges» Diplom erhalten. Der dreisprachige Ausbildungsgang wurde 2010 eingeführt und erlaubt es talentierten Studierenden ihre Ausbildung auf Französisch, Deutsch und Englisch zu absolvieren. Um Kurse auf Englisch anbieten zu können und ausländische Studierende anzuziehen, organisiert die HSW-FR ein Semester im Bereich Finanzen und Banken auf Englisch. Rund dreissig Studierende haben sich bereits zu diesem Ausbildungsgang angemeldet.

Der von der HSW-FR angebotene Master ist auf Entrepreneurship und Innovation ausgerichtet. Von den 23 Studierenden, die den Masterstudiengang angetreten haben, erhielten 17 ihren Abschluss als Master of Science HES-SO in Business Administration (Innovation & Growth) im November 2010. Das Programm dauert vier Semester, wird als zweisprachiger oder dreisprachiger Ausbildungsgang angeboten und erlaubt es,

## 2010

nebenbei einer Halbzeiterwerbstätigkeit nachzugehen. Erwähnenswert ist, dass für diesen ersten Jahrgang auf Masterstufe nur die HSW Freiburg (17 Studierende) und Genf (8 Studierende) von den fünf Westschweizer HSW berechtigt waren, diese Ausbildung anzubieten.

2010 beliefen sich die Einnahmen aus dem Weiterbildungsangebot der HSW-FR auf über 1,5 Millionen Franken. Diese Einnahmen sind insbesondere dem ungebrochenen Erfolg der EMBA und der wichtigsten CAS (z.B. CAS in Management auf Deutsch und Französisch und CAS in Kommunikation) zu verdanken.

### 2.3.2 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Neben den Dienstleistungen für Behörden und Unternehmen entwickelt die HSW-FR seit 2010 neue Projekte im finanziellen Bereich und insbesondere im Bereich der zweiten Säule. So erhielt die Hochschule ein wichtiges dreijähriges KTI-Projekt mit der Bezeichnung «Entwicklung einer Balanced Scorecard zur Verbesserung der unternehmerischen Führung der schweizerischen Pensionskassen». Die Dozierenden der HSW-FR veröffentlichten ferner zahlreiche wissenschaftliche Artikel und nahmen an teils international renommierten Kongressen teil, wie etwa dem Congrès international francophone en entrepreneuriat et PME, der 2010 von der Universität Bordeaux organisiert wurde.

### 2.3.3 Andere Ereignisse

2010 lancierte die HSW-FR zahlreiche wichtige Projekte, unter anderem ein Dossier für die Erlangung von Mitteln aus dem Kohäsionsfonds für Rumänien, den Ausbau der internationalen Beziehungen (hauptsächlich USA, China, Mexiko, Rumänien, Frankreich und Deutschland), die Vorbereitung eines CAS im öffentlichen Bereich, die Umbauarbeiten an den neuen Räumlichkeiten, die von den Lehrwerkstätten freigegeben wurden, die Akkreditierung des Masters und insbesondere die Vorbereitung der Feierlichkeiten für das 20-jährige Jubiläum im Jahr 2011.

## 2.4 Personalstatistik FHF-TW (HTA-FR + HSW-FR)

	FHF-TW		HSW-FR		HTA-FR <sup>1</sup>	
	09/10	10/11	09/10	10/11	09/10	10/11
<b>Lehrpersonal</b>						
Vollzeit	73	78	9	8	64	70
Teilzeit	114	129	26	36	88	93
Total	187	207	35	44	152	163
<b>Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</b>						
Vollzeit	74	68	1	2	73	66
Teilzeit	56	58	11	9	45	49
Total	130	126	12	11	118	115
<b>Verwaltung und Direktion</b>						
Vollzeit	16	16	4	4	12	12
Teilzeit	18	21	8	9	10	12
Total	34	37	12	13	22	24
<b>Lernende</b>						
	24	26	--		24	26
<b>Gesamttotal</b>						
Vollzeit	187	188	14	14	173	174
Teilzeit	188	208	45	54	143	154
Total	375	396	59	68	316	328

<sup>1</sup> einschl. Bautechnische Schule (BTS)

2010

## 2.5 Statistik der Studierenden FHF-TW + BTS

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Bachelor 2010 (+ FH-Diplome)	Master 2010
<b>HTA-FR</b>								
Architektur	61	56	51	-	20	188	38	5
Chemie	38	21	23	-	-	82	22	-
Bauingenieurwesen	28	14	18	-	-	60	13	-
Informatik	33	26	26	-	-	85	24	-
Telekommunikation	27	15	14	-	-	56	12 (+1)	-
Elektrobau	52	30	-	-	-	117	-	-
Elektronik	-	-	18	-	-	-	18 (+1)	-
Elektrotechnik	-	-	17	-	-	-	16 (+4)	-
Maschinenbau	47	35	30	-	-	112	26 (+1)	-
<b>Total HTA-FR</b>	<b>286</b>	<b>197</b>	<b>197</b>	<b>-</b>	<b>20</b>	<b>700</b>	<b>169 (+7)</b>	<b>5</b>
<b>HSW-FR</b>								
Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)	81	38	42	-	-	161	16	-
Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium)	54	97	41	65	35	292	27	17
<b>Total HSW-FR</b>	<b>135</b>	<b>135</b>	<b>83</b>	<b>65</b>	<b>35</b>	<b>453</b>	<b>43</b>	<b>17</b>
<b>BTS</b>								
Bauführung	24	19	22	-	-	65	20 <sup>1</sup>	-
<b>Total FHF-TW</b>	<b>445</b>	<b>351</b>	<b>302</b>	<b>65</b>	<b>55</b>	<b>1218</b>	<b>232 (+7)</b>	<b>22</b>
<b>Davon auf FH-Stufe</b>	<b>421</b>	<b>332</b>	<b>280</b>	<b>65</b>	<b>55</b>	<b>1153</b>	<b>212</b>	

## 2.6 Statistik der Studierenden nach Herkunft (Kanton, Ausland)

	FHF-TW	HSW-FR	HTA-FR	BTS
Freiburg	662	307	330	25
Bern	112	64	47	1
Genf	34	8	26	-
Jura	22	-	19	3
Neuenburg	36	3	28	5
Tessin	74	2	72	-
Waadt	139	38	87	14
Wallis	82	13	52	17
Andere Kantone	33	16	17	-
Ausland	24	2	22	-

## 2.7 Bautechnische Schule (BTS)

Die BTS ist eine Höhere Fachschule (HFS), die es den Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) oder eines gleichwertigen Abschlusses erlaubt, ein eidgenössisches Diplom auf Tertiärstufe zu erlangen. Die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen erlauben es den Stu-

dierenden, sich die nötigen Kompetenzen anzueignen, um technische und administrative Verantwortung in ihrem Tätigkeitsfeld zu übernehmen. Der Rahmenlehrplan Technik (RLP Technik), der 8 neue Fachrichtungen umfasst, wurde vom BBT am 24. November 2010 definitiv verabschiedet. Er ist nun vollständig und zählt insgesamt 15 Fachrichtungen, darunter die Bauführung, die zur BTS gehört. Der RLP definiert die Arbeitsfelder und den Kontext für die Fachrichtung, die die BTS betrifft, die Arbeitsprozesse und Kompetenzen sowie die Zulassungsbedingungen.

Das Praktikumsangebot der Unternehmen im Bausektor war deutlich grösser als die Zahl der Absolventinnen und Absolventen der BTS. So hatten die meisten Diplomandinnen und Diplomanden noch vor Prüfungsabschluss einen Vertrag in der Hand und alle haben eine Stelle gefunden.

Die Statistik der Studierenden der BTS befindet sich in den oben stehenden Tabellen unter 2.5 und 2.6.

---

 2010

### 3. Stand der Stipendienfonds

---

Fonds/Stiftung	Stand am in Fr.	
	31.12.2009	31.12.2010
Stiftung Habricht del Soto	38 634.75	39 407.45
Fonds James Daler	72 400.85	72 389.05
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	56 922.65	58 061.10
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	20 946.80	21 365.75
Fonds Placide Perroset	8 844.95	9 021.85
Fonds J.-B. Zbinden	4 687.00	4 780.75
Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule	93 608.61	95 480.76

Schon lange werden diese Stiftungen fast nicht mehr genutzt, da sie bedürftigen Studierenden kaum noch eine effiziente Unterstützung bieten können. Auf Anstoss des Finanzinspektorats des Kantons Freiburg beabsichtigt die HTA-FR deshalb, diese verschiedenen Fonds zu einem einzigen Fonds zusammenzuschliessen. Dieses Vorhaben wurde dem Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge unterbreitet. Dieses kam zum Schluss, dass einer Auflösung dieser Stiftungen zugunsten einer einzigen Stiftung grundsätzlich nichts entgegensteht, insbesondere da diese Stiftungen schon lange bestehen und die verfügbaren Mittel kaum genutzt werden. Dieses Vorhaben wird 2011 fortgesetzt werden.

### 4. Gesetzgebung

---

Für die Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) war das Jahr 2010 hauptsächlich dem Fortschritt des Vorentwurfs der interkantonalen Vereinbarung gewidmet. Im Januar genehmigte der Bund (EVD) offiziell den Vorschlag, den ihm die Strategischen Komitees der HES-SO und der HES-S2 vorgelegt hatten. Daraufhin wurde der Vorentwurf bei verschiedenen Organen in die Vernehmlassung gegeben. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens gingen zahlreiche Änderungsvorschläge für die 58 Artikel der Vereinbarung ein und wurden von den Strategischen Komitees mehrfach geprüft. Die Regierungsräte der sieben Partnerkantone werden den definitiven Wortlaut der Vereinbarung voraussichtlich im Frühjahr 2011 ihren Kantonsparlamenten vorlegen können. Nach der Ratifizierung durch alle Kantonsparlamente wird die neue Vereinbarung je nach den Umständen im Jahr 2012 oder 2013 in Kraft gesetzt werden. Danach wird das Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (LHES-SO//FR) in Kraft gesetzt werden.

2010

## XI. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2010 VZÄ	Rechnung 2009 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>VOLKSWIRTSCHAFT</b>	<b>630,04</b>	<b>589,03</b>	<b>41,01</b>
ZENTRALVERWALTUNG	76,21	74,18	2,03
3500 / ETES      Generalsekretariat	7,40	6,36	1,04
3505 / PECO      Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	8,50	8,30	0,20
3510 / OPEM      Amt für den Arbeitsmarkt	13,20	13,35	-0,15
3525 / RCOM      Handelsregisteramt	5,80	5,75	0,05
3535 / LOGE      Wohnungsamt	2,30	2,59	-0,29
3542.1 / SFPR      Amt für Berufsbildung	24,12	23,98	0,14
3560 / STAT      Amt für Statistik	7,76	8,01	-0,25
3570 / TRCE      Amt für Verkehr und Energie	7,13	5,84	1,29
<b>UNTERRICHTSWESEN</b>	<b>553,83</b>	<b>514,85</b>	<b>38,98</b>
3542.2 / EPAI      Gewerbliche und industrielle Berufsschule	154,10	146,11	7,99
3542.3 / EPCO      Kaufmännische Berufsschule	48,75	47,09	1,66
3542.4 / EPAC      Gewerbliche und kaufmännische Berufsschule	41,84	38,78	3,06
3542.5 / EPSS      Berufsschule Gesundheit – Soziales	28,15	26,56	1,59
3542.6 / EMEF      Lehrwerkstätten Freiburg	76,60	62,66	13,94
3557 / ETEC      Technische Schulen	7,87	5,73	2,14
3558 / HESF      Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft	196,52	187,92	8,60

**Volkswirtschaftsdirektion VWD**  
Rue Joseph-Piller 13, CH-1701 Freiburg

[www.fr.ch/vwd](http://www.fr.ch/vwd)

April 2011